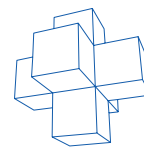


**FDP**  
Die Liberalen



# SCHWEIZER FREISINN

Unterschreiben Sie jetzt  
die Unterschriftenbogen in der Mitte des  
Freisinns: Gegen die Buchpreisbindung  
und für die Bürokratie-Stopp!-Initiative

Kantonal- und Ortsparteien Streitgespräch	2/3 6/7	Delegiertenversammlung Unter Freisinnigen	9 12	Wahlen Bilaterale Verträge	13/16/17 14/15	Initiative Energiepolitik	18/19 20/21
--	------------	--	---------	-------------------------------	-------------------	------------------------------	----------------

33. Jahrgang / Erscheint sechsmal jährlich / Offizielles Organ der FDP/Die Liberalen

## Inhalt

### Parteifinanzierung

Allzu oft wird behauptet, die FDP sei käuflich und werde durch Millionenbeiträge von Grossfirmen finanziert. Nichts davon ist wahr. Die FDP hat sich nun entschieden, die Regeln, welche bis jetzt gewohnheitsrechtlich galten, in einem Verhaltenskodex festzuhalten und zu veröffentlichen. Lesen Sie mehr dazu auf der

[Seite 5](#)

### Streitgespräch

Welches ist die richtige Politik für den Mittelstand? Was braucht es, damit wieder mehr Geld ins Portemonnaie kommt? Ruedi Noser, FDP-Nationalrat ZH, und Paul Rechsteiner, SP-Nationalrat SG, haben diesbezüglich ganz andere Ansichten. Was sie darüber denken und welche Massnahmen sie ergreifen wollen, lesen Sie auf den

[Seiten 6 und 7](#)

### Liberaler Umbau der Energieversorgung

In den vergangenen Wochen wurden hitzige Debatten über die Energieversorgung geführt. Die FDP hat gearbeitet und präsentierte ihre Massnahmen an einer Medienkonferenz. Versorgungssicherheit, sichere Produktion, Klimaschutz und wettbewerbsfähige Preise – dies sind die Ziele der FDP, welche es zu verfolgen gilt.

[Seiten 20 und 21](#)

## Bilaterale Verträge verteidigen

Mit ihrer Zuwanderungs-Initiative setzt die SVP die Personenfreizügigkeit und somit die Bilateralen Verträge aufs Spiel. In einer Kampagne verteidigt die FDP die erfolgreichen Bilateralen Verträge. Eine Attacke auf die Bilateralen ist ein Angriff auf Arbeitsplätze und Wohlstand. Die FDP will das Erfolgsmodell Schweiz mitsamt seinen engen wirtschaftlichen Beziehungen zum europäischen Ausland nicht riskieren. Erfahren Sie mehr zur Kampagne der FDP auf den Seiten 15 und 16.

Unterzeichnen Sie jetzt den offenen Brief an die SVP auf  
[www.pro-bilaterale.ch](http://www.pro-bilaterale.ch)

**FDP**  
Die Liberalen

**Bilaterale JA – EU-Beitritt NEIN.**  
**Aus Liebe zur Schweiz.**

[www.fdp.ch](http://www.fdp.ch)

Damian Müller aus Hitzkirch, jüngster Luzerner FDP-Kantonsrat

# «Das Gespräch mit der Basis vermehrt pflegen»

Mit 6178 Stimmen erzielte Damian Müller das drittbeste Resultat im Wahlkreis Hochdorf. Der jüngste FDP-Kantonsrat will klare Lösungsvorschläge erarbeiten. Eine Fusion zwischen CVP und FDP ist für ihn keine Option. In seiner Freizeit engagiert sich der ausgebildete PR-Fachmann als Sportreporter und moderiert Veranstaltungen der verschiedensten Art.

**Interview:**  
**FDP.Die Liberalen Luzern**

*Warum engagieren Sie sich politisch?*

Ich finde Politik sehr spannend, man kann etwas bewegen, wenn man sich richtig einsetzt und entsprechend kämpft. Es ist mir ein grosses Anliegen, meine politischen Rechte wahrzunehmen und bei der Gestaltung der Gesetze und Richtlinien mitzubestimmen. Diese sind schliesslich die Grundlagen für unsere Lebensgestaltung.

*Wie sind Sie zur Politik gekommen?*

Meine Mutter engagierte sich im Ortsparteivorstand der FDP. Politische Themen wurden bei uns oft am Familientisch erörtert – fair, locker und objektiv. Dazu kam, dass ich in der Oberstufe einen ausgezeichneten Lehrer hatte, der es verstand, mich mit seinen Geschichtsthemen richtiggehend zu faszinieren. Sein Unterricht war sehr tiefgründig. Die Geschichte zeigt uns ja klar auf, was man bewegen kann. So wurde das «politische Feuer» langsam, aber stetig entfacht.

*Sie sind schweizweit der jüngste FDP-Kantonsrat. Glauben Sie, dass dies ein Nachteil ist?*

Nein. Sicher gibt es Leute, die sagen, dass ich über keine Erfahrung verfüge. Aber immerhin war ich sieben Jahre im Vorstand der Ortspartei, bin seit drei Jahren Präsident der fusionierten Partei Hitzkirch, engagiere mich im

### Zur Person

Damian Müller, geb. 1984, jüngster FDP-Kantonsrat, PR-Fachmann/Kundenbetreuer, Hitzkirch.



Damian Müller aus Hitzkirch.

Wahlkreisvorstand, im kantonalen Wahlkampfteam und war Wahlkampfleiter Kreis Hochdorf. Auch bin ich lernfähig, und letztendlich kommt es darauf an, was ein Mensch aus seinem Leben macht.

*Anpacken und Umsetzen heisst Ihr Motto. Was verstehen Sie darunter?*

Es ist mir wichtig, nicht nur über eine Sache zu reden, sondern Vorschläge und Lösungen zu erarbeiten. Wenn ich ein Thema anpacke, will ich mich darauf konzentrieren und es zu einem guten Ende bringen. Das heisst indes nicht, dass ich eingleisig fahren werde. Selbstverständlich werde ich mich in alle Sachbereiche einarbeiten, um dann das, was mir wichtig erscheint,

vertieft anzugehen. Dies habe ich bisher sowohl im beruflichen wie im privaten Bereich so gehandhabt.

*«Leistung muss sich lohnen» heisst das Motto der Luzerner Liberalen.*

*Inwiefern glauben Sie, dass sich politische Leistung für Sie lohnt?*

Es ist doch in der Politik und im Beruf wie in der Schule: Wer mehr leistet beziehungsweise mehr lernt, hat bessere Chancen. Dass ich in Hitzkirch das beste Resultat aller Kandidierenden erreicht habe, ist für mich der eindrückliche Beweis dafür, dass sich mein Einsatz gelohnt hat.

*Da sind Sie ja geradezu prädestiniert für die Gemeinderatswahlen 2012.*

Nein, dies ist im Moment für mich kein Thema. Mein Engagement gilt jetzt voll und ganz dem Kanton. Hier will ich eine gute Leistung erbringen. Es werden grosse Herausforderungen auf uns zukommen.

*Wie wirkt sich Ihr Mandat bezüglich des Berufs aus?*

Diesbezüglich bin ich ein richtiges «Glückskind». Meine Arbeitgeberin hat grosses Verständnis für meine politischen Ambitionen und hat sich über meine Wahl mit mir gefreut, und dies, obwohl ich noch nicht lange dort angestellt bin. Überlegungen, in die kantonale Politik einzusteigen, machte ich

**Fortsetzung auf der nächsten Seite**

mir schon seit einiger Zeit. Als ich mich nach einem Auslandsaufenthalt in Frankreich vor gut einem Jahr um die Stelle bei der Firma Valora Trade/Kellogg in Egerkingen bewarb, waren auch meine politischen Überlegungen ein Thema. Zu meiner Freude reagierte die Geschäftsleitung darauf sehr positiv und wohlwollend.

*Sie haben nicht nur Ihren eigenen Wahlkampf geführt, sondern haben sich auch im Seetaler Wahlkampfteam engagiert. Wie lautet Ihr Fazit?* Dieser Einsatz hat mir grosse Freude gemacht, wir waren ein ausgezeichnetes Team mit guten Kandidierenden. Natürlich war es nicht immer einfach, die richtigen Lösungen zu finden. Aber immer stand bei allen die Sache im Vordergrund, das Ziel, Erfolg zu haben. Dies ist uns auch gelungen, konnten wir doch unsere vier Sitze halten. Jetzt kommt für mich die nächste Herausforderung, die Ratsarbeit. Ich freue mich sehr darauf.

*Wie viel Geld haben Sie für den Wahlkampf investiert?* Geld war bestimmt nicht der Grund für meine Wahl, meine grösste Investition war Zeit. Auch hatte ich ein ausgezeichnetes Team, das mich sehr unterstützte. Zusätzlich hat mir meine Ausbildung als PR-Fachmann sehr gehol-

fen. Ich konnte werbewirksame Massnahmen ergreifen, die relativ kostengünstig waren. Sicher habe ich einen Teil des Wahlerfolgs den elektronischen Medien zu verdanken. Diese sind unerlässlich, wenn man an die Jungwähler herankommen will.

*Haben Sie konkrete Vorstellung über die Arbeit im Kantonsrat?* Meine Hauptinteressen liegen in den Bereichen Infrastruktur (z. B. Baufragen), Umwelt, Bildung und Gesundheit.

*Waren Sie schon an einer Session?* Ja, sowohl im Kantonsrat wie auch im Bundesparlament.

*Was genau möchten Sie im Kantonsrat erreichen oder allenfalls ändern?* Natürlich habe ich mir diesbezüglich Gedanken gemacht, aber Versprechungen machen kann ich derzeit nicht. Ich werde mich, egal in welcher Kommission ich mitarbeite, mit grossem Engagement einsetzen. Was mir besonders am Herzen liegt, ist der Bezug zur Basis. Dieser muss viel mehr gepflegt werden. Ich will mit der Bevölkerung reden, erfahren, wo der Schuh drückt, und Themen verständlich vermitteln.

*Wie verbringen Sie Ihre Freizeit?* Ich engagiere mich unter anderem als

Sportkommentator, vorwiegend Pferdesport, etwa bei Radio Sunshine, und moderiere gesellschaftliche Veranstaltungen, Gala-Abende, Shows, Präsentationen usw.

*Was würden Sie im Bereich Politik ändern, wenn Sie könnten?* Die Kommunikation bei der FDP sollte meiner Meinung nach unbedingt verbessert werden. Unsere Visionen müssen klar und auf verständliche Art vermittelt werden. Gute Leistungen alleine genügen nicht, man muss auch dafür sorgen, dass sie die Bevölkerung zur Kenntnis nimmt. Die FDP hat in den letzten Jahren sehr viel geleistet und erreicht. Diese Erfolge sind aber viel zu wenig bekannt und deshalb ungenügend honoriert worden.

*Wie würden Sie einen siebenstelligen Lottogewinn verwenden?* Das ist vielleicht eine Frage! (studiert lange) So was habe ich mir noch nie überlegt. Auf jeden Fall würde ich mein Leben wie bisher weiterführen. Sicher würde ich das Geld sinnvoll anlegen, einen Teil davon gezielt sozialen Institutionen zukommen lassen, vielleicht Veranstaltungen organisieren, die Behinderten oder Kindern Freude machen.

*Welche Vor- oder Nachteile gibt es in*

*Ihrer Wohngemeinde?* Hitzkirch bedeutet für mich Heimat und Geborgenheit. Das Seetal verfügt über eine wunderbare Natur, eine Reihe historischer Kostbarkeiten und eine offen denkende Bevölkerung. Dazu müssen wir unbedingt Sorge tragen. Es ist die grosse Herausforderung der Zukunft, die richtige Mischung zwischen attraktiven Lebensräumen und gesunder wirtschaftlicher Weiterentwicklung zu finden.

*Haben Sie einen Wunsch, eine Bemerkung oder irgend etwas, das Sie loswerden möchten?* Das gute Wahlergebnis hat mich ausserordentlich gefreut, und dafür danke ich meinen Wählerinnen und Wählern. Wichtig scheint mir, dass wir noch lösungsorientierter arbeiten und dass keine Blockaden aufgebaut werden. Wenig kann ich dem Vorschlag einer Fusion zwischen CVP und FDP abgewinnen. Wir müssen wieder an uns selbst glauben und viel selbstbewusster auftreten. Und, wie schon erwähnt, auf die Wünsche der Bevölkerung hören, ihre Anliegen aufnehmen, in die Fraktion tragen und darüber in den Medien berichten.

## Es ist vollbracht: Die Freisinnigen und Liberalen Genf haben fusioniert!

Mehr als ein Jahr nach ihrer «Verlobung» haben sich die Freisinnigen und die Liberale Partei Genf am Dienstag, 24. Mai, definitiv das «Ja-Wort» gegeben. Bei einer ausserordentlichen Versammlung haben 95 Prozent der Liberalen sowie 88 Prozent der Freisinnigen der Fusion zugestimmt. Diese «Heirat» erlaubt es beiden Parteien – welche bis anhin 95 Prozent ihrer Positionen teilten – eine starke Verbindung einzugehen und gemeinsam gegen die Extremparteien, wie zum Beispiel die MCG, anzukämpfen.

Nachdem die Mitglieder der beiden Parteien jeweils die Fusionsverträge



Alain-Dominique Mauris, neuer Präsident der FDP.Die Liberalen Genf.

verabschiedet haben, stimmten sie den Statuten ihrer neuen Partei zu und bildeten so die FDP.Die Liberalen Genf. Eine Woche später, am Montag, 30. Mai 2011, haben die vereinten Mitglieder ihre neue Parteileitung gewählt. Alain-Dominique Mauris ist neu Parteipräsident der FDP.Die Liberalen Genf. Die bisherigen Geschäftsführer Rolin Wavre und Geoffroy de Clavière wurden in ihrer Funktion wiedergewählt.

Nach dieser erfolgreichen Fusion wendet sich der Blick nun gespannt nach Waadt, wo die Fusion 2012 auf dem Programm steht.

Kein Atomausstieg

# Nein zu einem Technologieverbot

Bundesrätin Doris Leuthard hat einen mutigen Entscheid verkündet. Die Schweiz steigt aus der Kernkraft aus. Das ist in vielerlei Hinsicht erstaunlich.

**Alain Illi,**  
Nationalratskandidat  
Jungfreisinnige Schaffhausen

Sicherheitstechnisch ist das eine Moggelpackung. Wer KKW's fürchtet, wird nach dem Ausstieg weiterhin bangen müssen. Der Meiler in Fessenheim liegt keine 40 km nördlich der Schweiz. Das ist weniger, als ein Marathonläufer an einem Wettkampf zurücklegt. Die Distanz nach Schaffhausen beträgt gerade mal 70 km. Heute sind fünf KKW's im benachbarten Ausland innerhalb einer Autobahnstunde erreichbar. Ein Drittel aller KKW's befinden sich in Europa. Die Schweiz ist geradezu umzingelt von AKW's. Neue werden dazukommen, zumal bspw. Frankreich von einem Ausstieg absieht und vermutlich zum grossen Stromlieferanten heranwachsen wird – bspw. für die Schweiz. Es ist also schlicht nicht rational begründbar, warum der Ausstieg der Schweiz die Sicherheit spürbar erhöht.

### Fortschritt

Die Kernkraft ist durch die Ereignisse in Japan keinen Deut unsicherer geworden. Einzig die Sicht auf die Technologie hat sich nach der wochenlangen Medienschlacht verändert. Durch die neu gewonnenen Erkenntnisse werden die heutigen KKW's noch strenger geprüft. Die nächste Generation Kraftwerke wird von einem internationalen Gremium, dem die Schweiz seit 2002 angehört, vorangetrieben. Die neuen Modelle werden noch sicherer und sauberer. Ab 2030 sollen sie einsatzfähig sein. Geht es nach dem Bundesrat, wird sich die Schweiz diesem Fortschritt verschliessen und nicht davon profitieren. Das ist schlicht fahrlässig. Man bedenke: Die Kriterien für die übernächste Generation von KKW's sehen die Wiederverwertung radioaktiver Abfälle vor. Damit würde die Tiefenlagerung künftig hinfällig.



Europäische AKW's nahe der Schweiz.

### Standort Schweiz

Die Schweiz wird nach dem Ausstieg höhere Stromkosten verkraften müssen. Auf die Wirtschaft und somit die Arbeitsplätze wirkt sich das negativ aus. Firmen mit hohem Strombedarf werden abwandern. Die erneuerbaren Energien sind heute realpolitisch nicht in der Lage, die KKW's zu ersetzen. Z. B. sind es die Atomgegner, die keine Anpassungen im Umweltschutzgesetz wollen und gegen Solarzellen auf Dächern Einsprachen erheben. Darum kann das durchaus vorhandene Potential für Privathaushalte nicht ausgeschöpft werden. Vor diesem Hintergrund ist der Beschluss des Bundesrats riskant. Um den Kopf aus der Schlinge zu ziehen, wird die Schweiz entweder die elektrische Unabhängigkeit oder die Emissionsziele preisgeben müssen. Stromimporte sind immer risikobehaftet. Herrscht Knappheit, befriedigt jedes Land zuerst die eigene Nachfrage.

### Subventionen

Der Bundesrat will obiger Problematik mit intensivierter Forschung und

Entwicklung Abhilfe verschaffen. ETH-Professor Lino Guzzella (ein Atomgegner!) meinte dazu im Tagesanzeiger: «Alles ist möglich, es ist nur eine Frage des Preises. Aber zu erwarten, die Forschung würde eine ganz neue Technologie entwickeln, die beispielsweise in der Fotovoltaik einen neuen Durchbruch bringt, wäre vermessen. Immerhin forschen wir schon lange auf diesem Gebiet.» Dennoch ist der Bundesrat der Meinung, der Ausstieg aus der Kernenergie sei über Subventionen zu lösen. Das heisst konkret: 2 bis 4 Milliarden Steuerfranken sollen dafür jährlich verteilt werden. Das ist etwa der gleiche Betrag wie für die Landwirtschaft oder die Armee. Genau an diesen zwei Beispielen zeigt sich, dass Subventionen nicht zu Innovation führen.

Würde sich die Einsatzbereitschaft erneuerbarer Energien abzeichnen, hätten sich die Investoren längst darauf gestürzt. Somit wären Subventionen hinfällig. Das blieb bisher aus gutem Grund aus: Die grüne Technologie ist noch nicht bereit, zuverlässig und öko-

nomisch Energie zu erzeugen. Was nicht ökonomisch ist, wird sich nicht auf breiter Front durchsetzen, daran ändern auch Subventionen nichts.

### Versorgungssicherheit

Der Freisinn muss in der Energiefrage den Mut haben, klar Position zu beziehen. Die Kernenergie hat nicht ausgedient. Keine andere Technologie kann dermassen günstig und emissionsarm das Land mit Strom versorgen. Der Fokus muss entsprechend auch nicht auf dem Ausstieg, sondern auf der Versorgungssicherheit liegen. Im Zentrum steht einzig die Bereitstellung wettbewerbsfähiger und ökologisch vertretbarer Energie. Die Technologie ist sekundär. Solange die Schweiz über keine günstige und erprobte Alternative zum Atomstrom verfügt, ist der Ausstieg eine riskante Gratwanderung. Das ist unverantwortlich. Es muss entschlossen entgegengetreten werden, damit die Schweiz nicht plötzlich im Dunkeln tappt.

**Auf den Seiten 20 und 21 finden Sie die Position der Mutterpartei.**

## Parteifinanzierung

# FDP.Die Liberalen stellt Unabhängigkeit sicher

Allzu oft kursiert das Vorurteil, die FDP würde Millionenbeträge von grossen Firmen erhalten, sei von diesen abhängig und liesse sich die Politik, z. B. von den Banken, der Pharmaindustrie oder aktuell der Energiebranche, diktieren. Dies ist schlicht falsch!

Die FDP zeigt im Gegensatz zu den anderen Parteien transparent auf, wie sich ihr Budget zusammensetzt: Etwa die Hälfte bringen die Fraktionsbeiträge des Bundes sowie die Einträge der Parteizeitung und Beiträge der Kantonalparteien. Der Staat soll über die Unterstützung der Fraktionsbeiträge nicht hinausgehen, eine staatliche Parteifinanzierung lehnt die FDP ab. Die andere Hälfte machen Spenden von Privatpersonen und Unternehmen aus. Die Freunde der FDP, eine Vereinigung von privaten Unterstützern aus Wirt-



Finanzielle Situation von Parteien und Verbänden im Vergleich.

schaft, Wissenschaft und Kultur, leisten ungefähr CHF 500 000. Die totale Offenlegung würde die Privatsphäre derjenigen Bürger und Unternehmen verletzen, welche sich für die Politik

engagieren. Diskretion und Vertraulichkeit gehören zur Schweizer Kultur.

Der Parteivorstand und die Konferenz der Kantonalparteipräsidenten haben sich nun entschieden, die Regeln, welche bis jetzt gewohnheitsrechtlich galten, in einem Verhaltenskodex festzuhalten und zu veröffentlichen. An einer Medienkonferenz Ende Mai wurden folgende Punkte kommuniziert:

■ Die FDP beschränkt die jährliche Unterstützung pro Gönner auf maximal  $\frac{1}{15}$  des jährlichen Parteibudgets. Sollte sich nachträglich aufgrund der Budgetentwicklung zei-

gen, dass ein Gönner mehr als  $\frac{1}{15}$  zahlte, verzichtet die Partei im Folgejahr auf den zu viel bezahlten Betrag.

■ Die FDP akzeptiert nur Spenden von Privatpersonen, Stiftungen sowie Unternehmen, die ganz oder mehrheitlich in privater Hand sind.

■ Nur der Parteipräsident und der Generalsekretär kennen die Details zu den Spendern und den entrichteten Beiträgen.

■ Die Revisionsgesellschaft bestätigt künftig im jährlichen Revisionsbericht die Einhaltung der Regeln. Der Revisionsbericht wird von der FDP veröffentlicht.

■ Die FDP wird die Namen der Spender nicht offenlegen, um deren Privatsphäre zu schützen und die Unabhängigkeit der Parlamentarier und Mandatsträger zu garantieren.

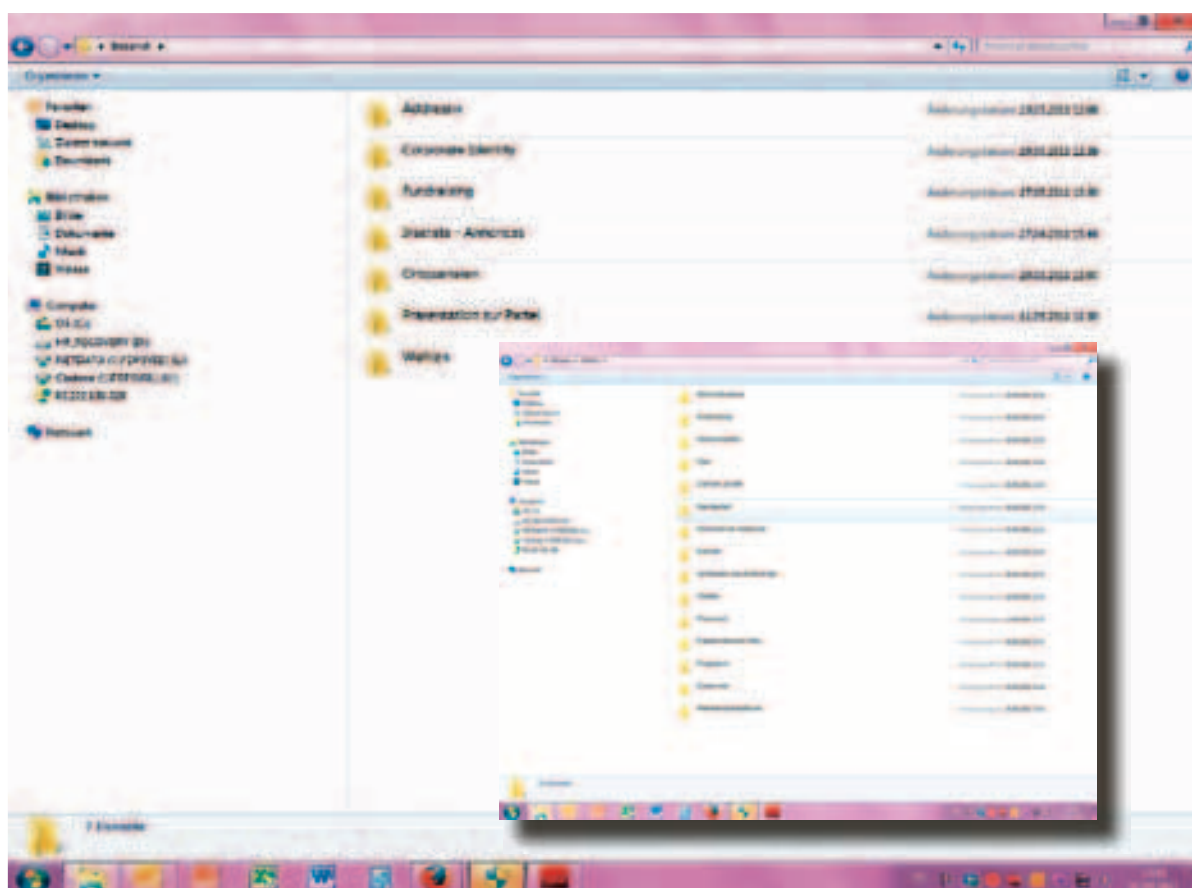
## Intranet: Facts and Figures

Das Intranet der FDP.Die Liberalen soll einerseits den Austausch zwischen der nationalen Geschäftsstelle und den Mitgliedern vereinfachen und andererseits auch eine Plattform bieten für eingereichte Vorstösse und Tipps und Tricks. Die folgenden Ordner sind vorhanden:

1. Addressix
2. Corporate Identity
3. Fundraising
4. Inserate
5. Ortsparteien
6. Präsentationen zur Partei
7. Wahlen

Für die Kandidierenden ist besonders der Ordner Wahlen von wichtiger Bedeutung: Sie finden darin nicht nur die aktuellen Factsheets für sämtliche Themen, auch das Parteiprogramm oder aktuelle Grafiken stehen zur Verfügung.

Das Intranet wird, sobald es aufgeschaltet ist (Anfang Juni), allen Kantonalparteien, Mandatsträgern, Kandidierenden und Ortsparteien zugänglich sein.





Streitgespräch: Ruedi Noser (NR FDP/ZH), Paul Rechsteiner (NR SP/SG)

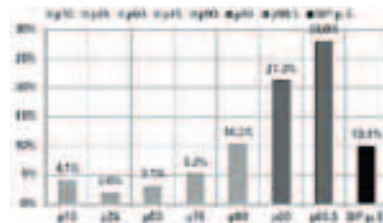
## Welche Politik ist gut für die Schweiz?

*Herr Rechsteiner, im Verteilungsbericht des SGB (Schweizerischer Gewerkschaftsbund) werden nun nicht mehr nur die Löhne der Topmanager kritisiert, es wird von «grossen und kleinen Abzockern» gesprochen. Ist das nun der Frontalangriff auf alle, die viel leisten?*

**Paul Rechsteiner:** Die hohen und höchsten Einkommen sind in einem Mass gestiegen, wie man sich das vor 10, 15 Jahren noch nicht hätte vorstellen können. Die Zahl der Einkommens-Millionäre ist explodiert. Wenn man die obersten 10 Prozent bei der Einkommenspyramide nimmt, haben diese enorm abkassiert. Die unteren und mittleren Einkommen sind stehen geblieben: + 2, max. + 4 Prozent. Eine massive Ungleichverteilung. Die Leistungsträger in dieser Gesellschaft, das sind die Leute, die arbeiten, das ist die grosse Mehrheit.

**Ruedi Noser:** Also wenn ich die Statistik richtig gelesen habe, haben die obersten 10 Prozent ein bisschen mehr als 10 Prozent zugelegt. Die untersten 10 Prozent haben 4,2 Prozent

### Rallohn-Wachstum verschiedener Lohnklassen 1998–2008



Datenquelle: Bundesamt für Statistik (Lohnstrukturerhebung (p10 bis p90), Landesindex der Konsumentenpreise sowie volkswirtschaftliche Gesamtrechnung) sowie Bundesamt für Sozialversicherungen (AHV-Beitragszahlerstatistik (p99 und p99.5))

zugelegt. Wenn man den Ausbau bei den Sozialleistungen (GAV Bau und Gastgewerbe, Pensionierungen mit 60 etc.) dazurechnet, liegt die Zunahme auch für sie etwa bei 10 Prozent. Was der Bericht zeigt ist, dass die Mittelschicht als Leistungsträger, 50 bis 75 Prozent der Bevölkerung, unterdurchschnittlich profitiert haben. Für die muss man sich einsetzen.

**Paul Rechsteiner:** Im Gegensatz zum Ausland haben wir verhindern

können, dass die Löhne gesunken sind. Der grosse Mehrwert, der in dieser Gesellschaft in den letzten 10, 15 Jahren erarbeitet worden ist, der ist oben verteilt worden. Das schafft massive Ungerechtigkeiten.

**Ruedi Noser:** Es freut mich, dass mein Kontrahent sagt, dass die Schweiz im Vergleich mit dem Ausland hervorragend dasteht. Anfang 1990er-Jahre, zu Beginn der Globalisierung, ist man davon ausgegangen, dass die Schweiz ihr hohes Lohnniveau nicht halten kann. Was wir mit unserer liberalen Politik erreicht haben ist, dass wir nicht nur das hohe Lohnniveau halten konnten, sondern dass alle heute mehr Lohn haben.

*Herr Rechsteiner, sollen denn alle Personen gleich viel verdienen?*

**Paul Rechsteiner:** In unserer Wirtschaft gibt es unterschiedliche Ausbildungen, Qualifikationen, Funktionen. Aber die Lohnungleichheiten haben ein Mass angenommen, dass es zu einem sozialen und gesellschaftlichen Problem wird. Mit der Steuerpolitik treibt man

die falsche Entwicklung noch auf die Spitze. Man will immer neue Vorteile für die Reichen durchsetzen. Das ist ja leider die freisinnige Politik der letzten 10, 15 Jahren. Stark vorangetrieben wurde dies in der Ära Merz.

**Ruedi Noser:** Wenn Sie die Lohnverteilung anschauen, dann muss man auch attestieren, dass der Zuzug von neuen Unternehmen in erster Linie in den hoch bezahlten Bereichen stattfindet. Dieser Bereich wächst. Und das ist auch richtig. Wenn Sie die bestehenden Unternehmen nehmen, dann werden Sie feststellen, die Lohnunterschiede sind genau gleich, wie sie schon damals gewesen sind. Selbstverständlich kann es sein, dass sie bei den globalisierten Betrieben gewachsen sind. Aber dann kann man auch klar sehen, dass es uns dafür gelungen ist, die Headquarters anzulocken.

Ein weiterer Punkt: Die Pro-Kopf-Verschuldung ist in der Schweiz in den vergangenen Jahren dramatisch zurückgegangen. Wer am Ende diese Pro-Kopf-Verschuldung zahlt, ist ja klar. Das sind die Menschen, die in

diesem Land leben. Nicht jene, die mobil sind. Da kann man darüber reden, ob man das in Form von Steuerenkungen und tieferen Lohnnebenkosten hätte an die Bürger verteilen müssen, oder ob man damit hätte Schulden abbauen sollen. Als Liberaler bin ich natürlich der Meinung, wir müssen Schulden abbauen. Was sonst passiert, sehen wir ja jetzt in Portugal oder Griechenland.

**Paul Rechsteiner:** Aber noch einmal zur Lohnungleichheit. Man kann nicht sagen, dass Leute, die Millionen verdienen, bessere Arbeit leisten. Die grossen Fehlleistungen sind ja von Leuten doziert und produziert worden, die selber ein Multimillionen-Salär haben.

**Ruedi Noser:** Die Swisscom steht ja unter sozialdemokratischer Leitung. Wer hat denn diese Saläre zugelassen? Oder wer hat eingesehen, dass er die guten Leute nicht bekommt, wenn er die Saläre nicht zahlt? Wir müssen wissen, ob wir die Top-Leute behalten wollen oder nicht. Die Frage heisst ja

nicht, ob hohe Saläre gut oder schlecht sind, die Frage lautet, ob der Markt die Saläre besser bestimmt oder ob der Staat die Saläre bestimmen soll.

**Paul Rechsteiner:** Wir haben einfach eine bedenkliche Fehlentwicklung. Die politische Differenz ist, dass Sie das nicht sehen wollen. Es ist ein Missstand, dass nur oben abkassiert wird, obschon der Wohlstand der Schweiz von allen erarbeitet wird.

**Ruedi Noser:** Es gibt ja einen Punkt, wo wir uns finden: Ich bin einverstanden, dass wir dafür sorgen sollten, dass die Leute mehr Geld übrig haben. Die staatlichen Abgaben müssen stabilisiert werden. Es sollte nicht immer mehr Ausbau von Sozialleistungen geben. Man muss den Leuten wieder mehr Geld ins Portemonnaie geben.

*Entscheidend ist also nicht, was auf dem Lohnausweis steht, sondern wie hoch das verfügbare Einkommen tatsächlich ist.*

**Paul Rechsteiner:** Zuerst kommt der Lohn. Das so genannte Primäreinkom-

men. Wenn der Lohn nicht stimmt, gibt es auch keine anständige Rente. Auch in der Einkommenspolitik, bei den Abgaben und Steuern geht es in die falsche Richtung. Entlastet wurden die hohen Einkommen und die grossen Vermögen. Zum Beispiel durch den Abbau der Vermögenssteuer in den Kantonen und die Senkung der direkten Steuern. Dagegen sind die indirekten Steuern, Mehrwertsteuer, Tabaksteuer und vor allem die Krankenkassenprämien gestiegen. Das ist für die grosse Mehrheit negativ. Der Produktivitätsfortschritt muss allen zu Gute kommen muss. Dafür braucht es neue politische Antworten. Es ist klar, dass der Produktivitätsfortschritt den Leuten zu Gute kommen muss. Es ist auch klar, dass man einen Franken, den man verdient, nicht mehrfach verteilen kann.

**Ruedi Noser:** Also doch eine Bemerkung zu den Abgaben und Steuern. Lohntreibend sind natürlich Steueranliegenheiten. Wenn Sie das Beispiel anschauen: Als ich mein MBA gemacht habe, 1992, hat das die Firma

zahlen können und die Sache war erledigt. Wenn ich heute meinem Geschäftsführer ein MBA zahle, kommt das auf den Lohnausweis. Dank der Linken Politik hat er jetzt einfach 50 000 Franken mehr Lohn auf dem Lohnausweis, aber bekommt dafür nichts ausbezahlt.

*Zum Schluss, zusammenfassend in zwei Sätzen: Welche Massnahmen braucht es Ihrer Meinung nach für das Portemonnaie des Mittelstandes?*  
**Paul Rechsteiner:** Realloohnerhöhungen, Schluss mit individualisierter Lohnpolitik, Boni, Prämien; wieder generelle Lohnerhöhungen, von denen alle profitieren, auch jene in der Mitte. Das ist das Hauptrezept für wirtschaftlichen Fortschritt.

**Ruedi Noser:** Da sind wir gar nicht so unterschiedlich. Schlussendlich hat man auch mit mehr Lohn, mehr Geld im Portemonnaie. Dazu braucht es Wirtschaftswachstum, ein Staat der weniger Schulden macht und keinen weiteren Ausbau des Sozialstaates.



# FDP läuft aus Liebe zur Schweiz den Zürich Marathon

Am 17. April war es wieder soweit. Bei strahlendem Sonnenschein und blauem Himmel fiel der Startschuss für den 9. Zürich Marathon. Tausende Zuschauer versammelten sich an der Strecke, um dem Spektakel beizuwohnen. Entlang des Zürcher Seebeckens rannten rund 6552 Läufer in den Kategorien Marathon und Teamrun. Im Marathon starteten 3321 Läufer, und in der Kategorie Teamrun gingen insgesamt 648 Teams an den Start und gaben auf den 42,195 km ihr Bestes.

Der Teamrun wurde zum zweiten Mal durchgeführt, und auch der Stadtrat stellte ein Team. André Kuy, Andres Türler, Corine Mauch und Daniel Leupi gaben sich sportlich und kamen mit 3:38.01,3 ins Ziel.

Die FDP ging sogar mit zwei Teams



Team 1: Marco Schmid. BILDER: ALPHAFOTO.COM

an den Start. Mit dem Namen FDP – aus Liebe zur Schweiz bildeten Urs Egger, Michael Schmid, Ursula Uttin-



Team 2: Michael Schneider.

ger und Marco Schmid ein Team. Sie liefen mit einer Zeit von 3:17:35, 5 ins Ziel und erreichten Platz 38. Das zwei-

te Team mit Tamara Lauber, Joachim Hagger, Marc Bourgeois und Michael Schneider gingen mit einer Zeit von 3:35.12,7 ins Ziel und landeten so auf dem Platz mit der magischen Zahl 111. Insgesamt starteten in der Kategorie «Teamrun Firma» 257 Teams. Somit können sich die Leistungen der beiden FDP-Teams sehen lassen, und man kann gespannt sein, ob sie zum Jubiläums-Marathon wieder an den Start gehen und ihre Leistung noch steigern werden. Auch OK-Präsident Bruno Lafranchi ist mit der Teilnehmerzahl und dem Verlauf sehr zufrieden: «Das Wetter war wie gewohnt ausgezeichnet. LäuferInnen, BesucherInnen und HelferInnen genossen die optimalen Bedingungen und eine ausgezeichnete Stimmung.

## Johann-Schneider-Ammann-Marsch



Am 5. April 2011 durfte Komponist Walter Steck von Visp Herrn Bundesrat Johann Schneider-Ammann die Urkunde mit Partitur des Johann-Schneider-Ammann-Marsches im Bundeshaus überreichen. Walter Steck ist seit 1944 Mitglied der FDP. Steck hat auch den Bundesrat-Pascal-Couchepin-Marsch komponiert.



# Rentenkollaps bekämpfen – aus Liebe zur Schweiz

An der vergangenen Delegiertenversammlung vom 7. Mai in Luzern nahmen rund 300 Delegierte teil. Im Mittelpunkt stand die Resolution, in welcher die FDP rasche Reformen zur nachhaltigen Sanierung der Sozialwerke fordert.

Zu lange wurden die Sozialwerke ohne Blick auf die Finanzierung ausgebaut. Die Arbeitslosenversicherung ächzt unter Schulden von CHF 8 Milliarden, der IV fehlen gar CHF 15 Milliarden. Anderen Pfeilern der Altersvorsorge droht in wenigen Jahren der Kollaps: Die neusten Zahlen für die AHV prognostizieren für 2030 ein jährliches Defizit von CHF 8,5 Milliarden. Das Ausland zeigt, dass dieser Weg in die Schuldenwirtschaft führt.

Die FDP ist entschlossen, den Renten-kollaps zu verhindern. Zentrale Punkte der verabschiedeten Resolution sind:

- Die AHV muss auch den künftigen Rentner-Generationen ausreichende Leistungen garantieren. Die DV verlangt eine grosse Rentenreform mit der Flexibilisierung des Rentenalters; längeres Arbeiten muss sich lohnen. Sofortmassnahmen sind zudem das Angleichen des Rentenalters von Mann und Frau auf 65 Jahre und eine Schuldenbremse.

- Die IV muss langfristig saniert werden. Die FDP-Bundesräte reduzierten die Zahl der Neurenten um 47 Prozent seit 2003. Nun ist das jährliche

Defizit von 1 Milliarde Franken anzupacken. 2018 muss die Mehrwertsteuererhöhung wie dem Volk versprochen beendet werden. Die IV-Schulden sind bis 2030 ohne Steuererhöhungen abzubauen.

- Die berufliche Vorsorge muss schwachem Wirtschaftswachstum, steigender Lebenserwartung und tieferen Anlagerenditen trotzen. Die DV beauftragt die Parteileitung, einen Massnahmenplan vorzulegen, der die systemwidrige Umverteilung zwischen Rentnern und Arbeitenden stoppt und ein generationengerechtes Gleichgewicht sichert.

## Wahlkampfauftakt

Ebenfalls an der Delegiertenversammlung in Luzern hat die FDP ihren Wahlkampf lanciert. Parteipräsident Fulvio Pelli machte deutlich, dass es auf die vergangen Niederlagen nur eine Antwort gibt: «Aufstehen. Durchatmen. Kämpfen!» Denn wir haben diesen Staat gegründet und ihn zum Erfolg geführt. «Es braucht uns auch in Zukunft als liberale Kraft, die solid und glaubwürdig die Schweizer Werte umsetzt – mit Mut und Verstand.»



Ein prall gefüllter Saal im Luzerner KKL.



Unser Nachwuchs: die Jungfreisinnigen Top Shots.

Wahlkampfleiter Vincenzo Pedrazzini zeigte die Stärke der FDP in den Kantonen und Gemeinden auf. «Lassen wir uns nichts anderes erzählen – lassen wir uns nicht ins Bockshorn jagen! Die Medien werden uns nicht unterstützen, wir müssen unsere Stär-

ken nach aussen tragen.» Anschliessend wurden noch die Nachwuchstalente, die sogenannten Top Shots, der Jungfreisinnigen vorgestellt. Den Abschluss bildeten flammenden Plädoyers einiger Mandatsträger für ein erfolgreiches Wahljahr.



Peter Schilliger (Präsident der FDP LU), Bundesrat Johann Schneider-Ammann, Nationalrat Georges Theiler (Ständeratskandidat).

## Die kommenden DVs werden wie folgt stattfinden:

Datum	Kanton	Thema
25. Juni 2011	Visp	<b>Absurde Bürokratie stoppen</b>
27. August 2011	Lausanne	<b>KMU stärken, Arbeitsplätze schaffen</b>
01. Oktober 2011	Schwyz	<b>Auftakt in die heisse Schlussphase</b>

# Buchpreisbindung? Nein danke!

**Unterschreiben Sie jetzt den beigelegten Bogen in der M des Freisinns.**

**Brenda Mäder, Präsidentin Jungfreisinnige Schweiz, Mitglied Referendumskomitee**

Stellen wir uns vor: Vögele, Ochsner Shoes, Tiefenbacher, Globus und alle weiteren Schweizer Schuhhändler beschliessen, dass von jetzt an alle Sandalen 150 Franken kosten, alle Hausschuhe 80 und sämtliche Flip-Flops für 90 Franken über den Ladentisch gehen müssen. Damit nicht genug. Ein Rabatt von mehr als maximal 5 Prozent dürfte per Gesetz nicht mehr gegeben werden. So oder ähnlich würde man schweizweit nicht mehr die Schuhe, sondern deren Preise binden. Unvorstellbar? Bei den Büchern ist fast genau dies passiert!

## Mitten im Referendumskampf!

Kaum zu glauben, aber wahr: Am 18. März 2011 führten National- und Ständerat das Bundesgesetz über die Buchpreisbindung wieder ein. Damit sollen nun neu die Bücherpreise fixiert und somit staatlich abgesegnet werden – ein ordnungspolitischer Unsinn!

Bereits Ende April 2010 nahm der Delegiertenrat der Jungfreisinnigen Schweiz Stellung: Falls tatsächlich eine Buchpreisbindung eingeführt würde, würden die Jungfreisinnigen sich dafür einsetzen, dass ein Referendum zustande kommt. Jetzt befinden wir uns mitten im Referendumskampf. Es gilt, sportliche 50 000 beglaubigte Unterschriften in nur 90 Tagen zu sammeln. Sammelfrist ist der 7. Juli 2011.

Die Jungfreisinnigen sind nicht allein: Allen voran hat die FDP als erste grosse Partei das Referendum begrüsst und unterstützt es tatkräftig. Schliesslich war auch die FDP-Fraktion die einzige, die geschlossen gegen das unsinnige Gesetz stimmte. Mit der Piratenpartei, der JSVP, dem Konsumentenforum (kf), Exponenten aus Buchhandel, Autoren, Politikern von SVP, CVP und Vertretern der Wirtschaft kämpft eine schlagkräftige Truppe gegen diese Preisbindung.

## Warum sich der Einsatz mehr als lohnt

Es geht nicht nur um die Buchpreise,



sondern um Grundsätzliches. Es ist schlicht ein Unsinn, Preise staatlich zu fixieren. Speziell im Falle der Buchpreisbindung ist es stossend, einen kartellähnlichen Zustand gesetzlich zu verankern.

In den 90er-Jahren herrschte das sogenannte Sammelrevers vor. Dieses stellte gleich eine doppelte Preisabsprache dar: einerseits zwischen den Verlegern, andererseits zwischen den Buchhändlern. 2007 erkannte das Bundesgericht diesen Zustand als widerrechtliche Wettbewerbsabrede. Auch der Bundesrat gewährte im Falle dieser Absprachen keine Ausnahme vom Kartellrecht.

Die Situation veränderte sich nicht nur auf der juristischen Seite: Der Buch- und Literaturmarkt befindet sich im Umbruch. Personen jeder Alterskategorie lesen heute nicht nur

Bücher und andere Printerzeugnisse, sondern laden sich zusehends die Literatur aufs iPad oder andere Geräte. Auch der klassische Buchladen, aus dem schwere Taschen heimgetragen werden, ist nicht mehr bei allen hoch im Kurs: Immer häufiger bestellen die Leser ihre Bücher online und lassen sie bequem nach Hause liefern.

Dies deckt einen weiteren Unsinn des Buchpreisbindungsgesetzes auf: Wie in aller Welt möchte man eine Preisbindung durchsetzen, die auch für den Onlinehandel gilt?! Dies ist erstens von der Umsetzung her kaum vorstellbar. Zweitens ist ganz offensichtlich, wer verliert: die Schweizer Online-Buchhändler. Es ist mir als Konsument ein Leichtes, per Mausclick auf einer Homepage zu bestellen, die mit «.de» statt mit «.ch» endet. In vielen Fällen wird der Preis aus-

schlaggebend sein. Im Falle einer Preisbindung werden die «.ch»-Läden von der ausländischen Konkurrenz unterboten werden und die Kunden entsprechend ans Ausland verlieren.

## Heute noch Unterschriften sammeln!

Sie sind gegen die Schröpfung der Konsumenten, für einen starken Schweizer Buchhandel und gegen staatlich diktierte Preise? Dann sammeln Sie heute noch bei Bekannten und Freunden Unterschriften! Eine Unterschriftenkarte liegt dieser Freisinn-Ausgabe bei; weitere können Sie bequem unter [www.buchpreisbindung-nein.ch](http://www.buchpreisbindung-nein.ch) bestellen. Wir freuen uns über Ihre tatkräftige Mithilfe und setzen alles daran, dass bald das Stimmvolk entscheidet, wer hier die Preise diktiert – der Staat oder die einzelnen Händler!

# Statements zur Buchpreisbindung



**Mentari Baumann**

«Die Buchpreisbindung schützt den Schweizer Buchmarkt nicht, sondern benachteiligt ihn gegenüber den ausländischen Grossanbietern. Denn was nützt es den Buchhändlern, wenn sie über-  
teuerte Bücher verkaufen müssen? Es ist nur die logische Folge, dass sich der Buchhandel ins Internet mit ausländischen Onlineanbietern verschiebt.»

**Can Knaut**

«Weil man als Student Besseres mit seinem Geld anfangen kann als über-  
teuerte Bücher zu kaufen!»

**Christian Stettler**

«Ich kann mir nicht vorstellen, dass die-  
ser Protektionismus funktioniert!»

**Brigitte Kaufmann**

«Das Gesetz ist ein Ladenhüter. Wie  
möchte man im Internetzeitalter eine  
Preisbindung durchsetzen?»



# [www.buchpreisbindung-nein.ch](http://www.buchpreisbindung-nein.ch)

FDP – die Partei für eine starke Schweiz

# Jetzt erst recht!

**Johann Schneider-Ammann,  
Bundesrat**

Ich weiss, einige unserer Parteimitglieder und vielleicht auch Sie machen sich Gedanken zu der herausfordernden Zeit für unsere Partei. Auch ich denke darüber nach: Wird sie ihren Stimmenanteil halten können? Warum hat sie in den letzten kantonalen Wahlen verloren? Steht es um die Schweiz so schlecht, dass die FDP abgestraft werden soll? Nein, der Schweiz geht es gut. Sehr gut sogar, wenn man mit anderen Staaten vergleicht. Wir sind besser durch die Krise gekommen; die Wirtschaft läuft wieder auf vollen Touren. Die FDP als einzige Partei mit zwei Bundesräten, die sich auch voll zur Regierungsarbeit bekennt, trägt einen ganz wesentlichen Teil dazu bei und übernimmt dafür Verantwortung.

Warum hat sich das für die FDP nicht positiv oder zumindest positiver ausgewirkt? Sie spüren es zweifellos wie ich: Die Wirtschaft wächst, ebenso aber auch die individuellen Ängste und Sorgen. Die Schweizerinnen und Schweizer haben das Gefühl, dass das gemeinsame Modell Schweiz unstabiler wird. Die Bevölkerung wächst wegen der Zuwanderung rasch an, der Pendelverkehr nimmt ebenso zu wie die Überbauung von Kulturland. Die Schweiz wird weniger heimelig.

Als Land sind wir bisher zwar Globalisierungsgewinner, als Menschen spüren wir aber auch die negative Seite. Die wirtschaftliche Elite scheint sich vom Volk zu entfremden. Schweizerische Werte wie Bescheidenheit, Fleiss und Zusammenhalt drohen verloren zu gehen. Die Globalisierung einerseits und die dadurch hervorgerufene Besorgnis der Schweizerinnen und Schweizer andererseits machen eine liberale und offene Politik schwieriger. Seit 20 Jahren hat unsere Partei massgeblich versucht, die traditionellen schweizerischen Werte hochzuhalten und gleichzeitig die Globalisierung für die Schweizer Wirtschaft nutzbar zu machen. Das ist natürlich eine Gratwanderung, wie wir alle wissen.



Johann Schneider-Ammann

Unbestritten bleibt, dass die Schweizer Geschichte eng mit der Geschichte der FDP verknüpft ist. Viele Erfolge und Kurven haben wir gemeinsam geschafft. Die FDP ist das Rückgrat unserer erfolgreichen Schweiz. Eine Partei, die auch Fehler gemacht hat, vor allem aber die Potentiale der Schweiz verkörpert. Sie schaut nach vorne, ist ein verlässlicher Partner und will entgegen dem Trend zu einem emotionalen Populismus vernünftig bleiben.

Die Offenheit, im Liberalismus verankert, hat der Schweiz zu ihrem heutigen Wohlstand verholfen. Die Schweiz braucht weiterhin eine starke FDP, welche diesen toleranten Liberalismus verkörpert! Ein Liberaler oder Freisinniger weiss, wo der Schuh Schweizerinnen und Schweizer drückt. Während andere Parteien die Probleme nur bewirtschaften, will die FDP ganz konkret dafür sorgen, dass alle in diesem Land neue Zukunftschancen erhalten. Wir setzen dabei auf unsere liberalen Werte, die wir seit eh und je vertreten – **aus Liebe zur Schweiz.**

Diese Liebe zum Land stellen Sie, liebe FDP-Mitglieder, welche oft in lokalen und kantonalen Gremien mitwirken, täglich neu unter Beweis. Wir stellen nach wie vor die meisten Behördenmitglieder. Für uns ist diese Arbeit für die «res publica» ein zentraler Wert, ja quasi Ehrensache. Denn die Schweiz ist es uns wert! Für diese grosse Arbeit möchte ich Ihnen auch als Bundesrat ganz herzlich danken.

Wir hegen alle grosse Ambitionen und Hoffnungen für die Schweiz. Wir kämpfen für eine verlässliche und vernünftige Schweiz, welche sich erfolgreich vorwärts bewegt. Überzeugen wir täglich, ab morgen schon, unsere Wählerinnen und Wähler und unsere Noch-Nicht-Wähler! Jetzt erst recht!

Helfen auch Sie mit, dass diese Hoffnungen auf eine zukünftig erfolgreiche Schweiz möglichst viele Schweizerinnen und Schweizer erfasst. Wir sind die Partei für eine starke Schweiz!



Dynamischer Wahlkampf

## Velotour mit Fulvio Pelli

Nicht die Tour de Suisse steht dieses Jahr im Fokus der velobegeisterten FDP-Mitglieder, es ist dies die Velotour mit Fulvio Pelli! Vom 18. bis und mit 22. August besucht der FDP-Präsident mit seinem Fahrrad verschiedene Ortsparteien und legt dabei die gesamte Strecke auf dem Fahrrad zurück.

Das Ziel der Velotour ist – wie auch bei den Wahlen – das Bundeshaus. Die Tour wird in Wohlen beginnen und sich anschliessend durchs Mittelland bis ins Berner Seeland und schliesslich weiter in die Hauptstadt. Begleitet von anderen ambitionierten Velofahrern besucht Fulvio Pelli voraussichtlich

die Gemeinden Wohlen, Zofingen, Grosswangen, Langenthal, Solothurn, Lengnau, Lyss sowie Köniz. Auch unser Bundesrat Johann Schneider-Ammann wird dazu stossen und kräftig in die Pedalen treten. Mit der Veloroute zeigen wir, dass wir auch im Wahljahr für unsere Mitglieder da sind. Gerade

jetzt gilt es, Präsenz zu markieren und uns gegen die anderen Parteien abzugrenzen! Das Element Velo aus dem Wahlkampffilm wird bewusst wieder aufgenommen, um die Dynamik zu untermauern, mit welcher wir im Wahljahr unterwegs sind. Machen Sie mit – **aus Liebe zur Schweiz.**



# FDP bekämpft jeden Angriff auf die bilateralen Verträge

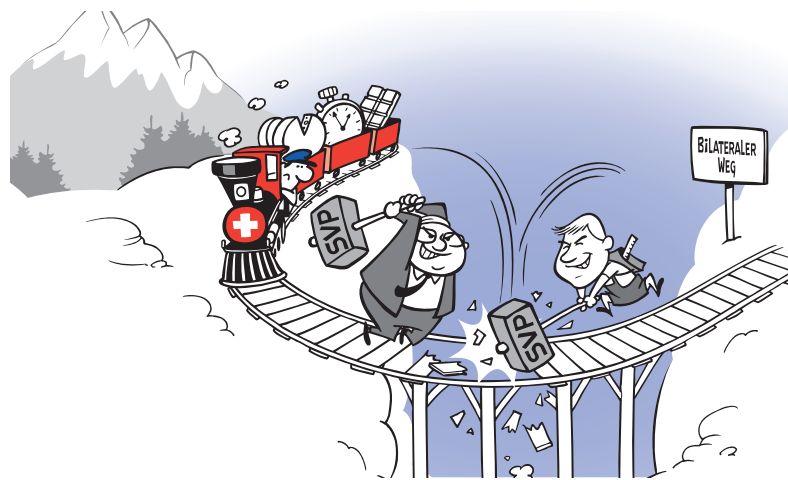
Mit ihrer Zuwanderungs-Initiative setzt die SVP die Personenfreizügigkeit und somit die Bilateralen Verträge aufs Spiel. In einer Kampagne verteidigt die FDP die erfolgreichen Bilateralen Verträge. Bilaterale: Ja, EU-Beitritt: Nein!

**Adrian Michel, Kampagnenleiter  
FDP.Die Liberalen**

Mit ihrer jüngst lancierten Initiative nimmt die SVP eine Kündigung der Bilateralen bewusst in Kauf. Mit besagter Initiative verliert die SVP endgültig die letzte Glaubwürdigkeit, die Zukunft der Schweiz konstruktiv mitgestalten zu wollen.

Lieber sucht sie Sündenböcke, wie die Zuwanderer, und fängt im Hinblick auf die nächsten Wahlen schon mal Stimmen. Geschickt lenkt sie davon ab, dass sie keine wirklichen Lösungen für die aktuellen Probleme wie zum Beispiel der Scheinselbstständigkeit parat hat. Die FDP hingegen packt die problematischen Begleiterscheinungen der Einwanderung bei Wohnungen und Verkehr an. Bereits im Dezember 2009 präsentierte die Freisinnig-Liberale Fraktion einen Massnahmenkatalog dazu.

Als erste Massnahme schaltete die FDP parallel zur SVP-Delegiertenver-



Die SVP schlägt zu.

sammlung vom Samstag, 28. Mai, eine landesweite Inseratekampagne. Gleichzeitig waren an den grössten Schweizer Bahnhöfen Flatscreen-Anzeigen zu sehen. In einem offenen Brief an die SVP warnen auch die Unternehmer aus dem Verein «Freunde der FDP» vor der verantwortungslosen Initiative.

## In die EU blochen?

Als Exportland kann sich die Schweiz nicht abschotten. 60 Prozent unserer Produkte und Dienstleistungen gehen in die EU. So treibt die SVP die Schweiz förmlich in die EU. Das wäre tatsächlich das Ende der Unabhängigkeit. Einer allfälligen Neu-Verhandlung müssten sämtliche EU-Mitglied-

staaten zustimmen, was nur schwer vorstellbar ist. Es bliebe also nur der Entscheid zwischen der vollkommenen wirtschaftlichen und politischen Isolation und einem EU-Beitritt. Das kann niemand wollen, dem die Unabhängigkeit der Schweiz wirklich am Herzen liegt.

Ein Angriff auf die Bilateralen ist auch eine Attacke gegen Wohlstand und Arbeitsplätze. Die Bilateralen sind das Fundament des wirtschaftlichen Erfolgs. Wer die Bilateralen kündigt, arbeitet gegen die Interessen von Werk-, Arbeits- und Denkplatz Schweiz. Dank der Personenfreizügigkeit hat die Schweiz nicht nur die Krise 2009 gut überstanden, sie hilft auch, die Folgen der demographischen Entwicklung (z. B. Rentenkollaps) abzufedern.

## Volkswillen missachtet

Das Volk hat den bilateralen Weg mehrfach unterstützt. Mit der Kündigung der bilateralen Verträge missach-

**FDP**  
Die Liberalen

## Angriff auf die Bilateralen bekämpfen. Aus Liebe zur Schweiz.

Die SVP will die Bilateralen kündigen. Das ist ein Angriff auf Arbeitsplätze und Wohlstand. Das Ende der Bilateralen ist das Ende der Unabhängigkeit, denn unser Exportland kann sich nicht abschotten. Die SVP treibt unsere Schweiz in die EU. Wir bekämpfen diesen Angriff und sagen:  
**Bilaterale-Ja – EU-Beitritt Nein.**

FDP.Die Liberalen kämpft

- › für die erfolgreichen Bilateralen – gegen einen EU-Beitritt.
- › für freien Marktzugang zum wichtigsten Absatzmarkt.
- › für gezielte Einwanderung von unentbehrlichen Fachkräften.
- › gegen Scheinselbstständige und Lohndumping.
- › gegen ausufernde Zuwanderung aus Drittstaaten.

FDP  
wählen.  
Aus Liebe zur  
Schweiz.

[www.fdp.ch](http://www.fdp.ch)

Unterstützen Sie uns mit einer Spende auf PC-Konto 30-5503-0: [www.fdp.ch/spenden](http://www.fdp.ch/spenden)

tet die SVP also den Volkswillen. Doch die selbsternannte Volkspartei übergeht nicht nur den Volkswillen, sie ignoriert auch die eigene Basis. Noch 2008 nämlich hat die SVP die Ja-Pa-rolle zu den Bilateralen II (wohlge-merkt inklusive Personenfreizügig-keit) beschlossen.

Im Interesse der Bevölkerung liegen sichere Arbeitsplätze. Die Linke will den Arbeitsmarkt überreglementieren (Mindestlöhne, 6 Wochen Ferien für alle, Bonussteuern, 1:12-Initiative). Die Abschotter wollen schwerfällige, langwierige bürokratische Verfahren mit einem Punktesystem einführen. Beides lähmt den liberalen Arbeitsmarkt. Aber gerade das liberale Arbeitsrecht stellt einen wichtigen Pfeiler unserer Wirtschaftspolitik dar.

Überdies müssen die hiesigen Arbeitskräfte optimal eingesetzt werden. Die FDP setzt sich für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein. Wenn wir die Fähigkeiten der gut ausgebildeten Frauen nutzen, braucht es weniger Zuwanderung. Das konservative Familienbild mitsamt dem dazugehörigen antiquierten Frauenbild der SVP steht diesen Verbesserungen jedoch diametral entgegen.

### Positive Freizügigkeit

Die Personenfreizügigkeit zieht lange nicht die von der SVP heraufbeschworenen verheerenden Konsequenzen nach sich. Der Zugang zu Fachkräften beispielsweise wird immer wichtiger.

Dank den Bilateralen fliessen jährlich 3 Milliarden mehr in die AHV und 500 Millionen mehr in die IV. Dank den ausländischen Arbeitskräften bleiben uns einige Jahre länger Zeit, unsere Sozialwerke rechtzeitig zu reformieren.

Die FDP ist gerade angesichts der neuen Initiative gegen die Bilateralen auf die Unterstützung von Mitgliedern und Sympathisanten angewiesen. Dies gilt insbesondere für Online- oder Leserbrief-Foren. Mit ihrer Initiative greift die SVP Unabhängigkeit, Wohlstand und Stabilität unseres Landes fundamental an. Die SVP-Einwanderungspolitik führt zur Auswanderung der Schweizer Wirtschaft. Deshalb setzt sich die FDP entschlossen gegen eine solche verantwortungslose Abschottung ein – aus Liebe zur Schweiz.

Offener Brief an die SVP

## KEIN ANGRIFF AUF DIE BILATERALEN VERTRÄGE!

Als Unternehmer und Bürger sind wir tief besorgt über den Angriff der SVP auf den bilateralen Erfolgsweg der Schweiz. Mit ihrer neuen Initiative nimmt sie die Kündigung der Bilateralen bewusst in Kauf. Das schafft unmittelbar Unsicherheit für hier ansässige Firmen und gefährdet Investitionen. Eine Annahme würde hunderttausende Arbeitsplätze, Wohlstand und Stabilität kosten.

Die Schweiz ist eine Exportnation, 60% unserer Produkte und Dienstleistungen gehen in die EU. Unsere Unternehmen sind auf Fachkräfte auch aus der EU angewiesen. Dank der Personenfreizügigkeit wurde das starke Wirtschaftswachstum der letzten Jahre nicht durch einen Fachkräftemangel abgewürgt. Und die Bilateralen waren ein zentraler Grund, weshalb die Schweiz aus der Wirtschaftskrise von 2009 gestärkt hervorging. Offene Märkte und der Zugang zu Fachkräften werden in Zukunft noch wichtiger.

Der Angriff der SVP auf die Bilateralen ist der gravierendste Fall einer gefährlichen Abschottungs-Politik. Ihre Kampagnen gegen ausländische Fachkräfte und Spezialisten sowie die unsachliche Ablehnung neuer Doppelbesteuerungsabkommen schüren ein Klima gegen wirtschaftliche Offenheit. Das schadet unserem Land. Statt den Bilateralen Weg zu gefährden, sind für einzelne Probleme Lösungen zu finden.

Die diesen Brief unterzeichnenden Personen engagieren sich für eine wirtschaftlich offene und erfolgreiche Schweiz. Wir verurteilen die verantwortungslosen Angriffe der SVP gegen die Bilateralen Verträge und damit gegen einen Grundpfeiler von Wohlstand und Stabilität in unserem Land.

Peter Gomez, VR-Präsident SIX Group, Präsident Freunde der FDP Die Liberalen · Adolf Koch, Generalagent Helvetia Versicherungen · Adriano B. Lucatelli, CEO Reuss Private · Alexander Grünwald, Managing Director Altium Zurich · Alfred Löhner, Facharzt FMH Kinder- und Jugendmedizin Hirslanden-Gruppe · Andreas Jegerlehner, CEO Lean Projects AG · Andreas R. Kirchschieler, CEO elea Foundation for Ethics in Globalization · Andreas Schmid, VR-Präsident Oettinger Davidoff Group und VR-Präsident der Flughafen Zürich AG · Andres Iten, VR-Präsident René Faigle AG · Annette Schömmel, VR arthesia AG · Armin Brühwiler, Mitglied der Geschäftsleitung Brühwiler Sägewerk/Brühwiler Fensterholz AG · Armin Züst · Arthur Bolliger, VR-Präsident Incore Bank AG · Balz Kleint, Facharzt FMH für Rheumatologie, physik. Medizin u. Rehabilitation · Barbara Rigassi, Geschäftsführende Partnerin BHP-Brugger und Partner AG · Beat Käch, Prorektor KBS Solothurn-Grenchen · Beat M. Schelling, VR-Präsident SCHELLING AG · Beat Wälti, Rechtsanwalt Wenger & Vieli AG · Bettina Balmer, FMH Kinderchirurgie · Blaise Matthey, Directeur général Fédération des Entreprises Romandes Genève · Bruno Chiomento, CEO/Country Managing Partner Ernst & Young · Bruno Simma, Unternehmensberater Simma-Group · Chantal Balet, Partnerin Kanzleigemeinschaft FBL Associés · Christian Rahn, Stiftungsratspräsident Rahn & Bodmer · Christian Scheuermeyer, Kantonalparteipräsident, Inhaber Scheuermeyer Ambisign GmbH · Claudio Della Giacomina, Managing Partner/Gründer incobase · Curdin Mark, Senior Consultant Burson-Marsteller · Daniel Daeniker, Rechtsanwalt Homburger AG · Dieter Sigrist, Sekretär Zürcher Bankenverband und Vereinigung Zürcherischer Arbeitgeberorganisationen · Dominik Zehnder, Vermögensberater Kehrl & Zehnder · Dominique Fässler, Inhaber Crescendo AG · Doris Albisser, CEO CLS Communication · Doris Fiata, Inhaberin Relations and More und Präsidentin Kunststoffverband Schweiz · Elisabeth Schoch, Unternehmerin, Alchemy KMU Förderung · Erich Walser, VR-Präsident Helvetia Versicherungen · Ernst W. Gilg, VR-Delegierter SVS & Partner AG Vermögensbetreuung · Evelyn Teitler-Feinberg, Inhaberin Teitler Consulting, Accounting + Communication · Franco G. Bianchi · Franz Albers, Geschäftsleitung Albers & Co. · Fredy A. Lienhard, VR-Präsident Lienhard Office Group · Fritz Haselbeck, VR-Präsident ZFU – International Business School · Georges Gagnebin, Verwaltungsrat verschiedener Firmen · Gerhard Beindorff, VR Pilotus Flugzeugwerke Stans · Gerold Bühner, Präsident economieuisse · Giljan Leuzinger, Geschäftsführer Relesta AG · Hans Bollmann, Rechtsanwalt · Hans Syz, VR-Präsident Maerki, Baumann & Co. · Hans-Martin Schneeburger, Inhaber der Schneeburger Lineartechnik · Hans-Peter Künin, Rechtsanwalt Künin Advokaturbüro · Hans-Peter Schwald, VR-Präsident Autoneum Holding AG/Rechtsanwalt · Heinrich Spoerry, VR-Präsident SFS Stadler Holding AG · Heinz Toggenburger, VR-Präsident TOBUR Holding AG · Hermann Hess, VR-Präsident und Delegierter Hess Investment · Hubert Achermann, CEO KPMG Schweiz · Ivan J. Wagner, Ernst & Young · Jack Brunnschweiler, Unternehmer · Jan Brinker, Leiter HR Mercedes-Benz Schweiz AG · Jeanette E. Mörmann-Buchmann, VR und CEO Quarz Partners AG · Jean-Jacques Suter, CEO Sage Switzerland · Jean-Pierre Brechbühler, President Belsped Ltd · Joachim Hagger, Unternehmer · Joel Gloor · Karin Lenzlinger, CEO Lenzlinger Söhne AG · Kaspar Wenger, CEO Holcim Schweiz · Kurt Ruegg, Swiss Capital Corporate Finance AG · Lorenz Furrer, Managing Partner Furrer, Hugli & Partner AG · Lucian Schucan, Stiftungsrat Veska-Pensionskasse · Luciano Caroni, Unternehmer, AFU Anlagen und Finanz AG · Lukas Meier, VR Aroma Productions AG · Marc Barmettler · Marc Bourgeois, Unternehmer · Marc Schlieper · Marcel Stalder, Ernst & Young AG · Markus Graf, CEO der Lienhardt & Partner Privatbank Zürich · Markus Hauser, VR HAUSER'S Hotel | Restaurant | Confiserie · Markus Neuhaus, CEO PwC Schweiz · Markus Schweizer, Managing Partner Accounts & Business Development, Ernst & Young Ltd. · Martin Gisler, Inhaber Gisler & Partner Wirtschaftsberater Wirtschaftsprüfer · Martin Menzi, Rechtsanwalt Zürcher Rechtsanwälte · Martin Mörh · Martin Naville, CEO Swiss-American Chamber of Commerce · Max Fritz, Geschäftsführer VZAI · Max Gimmel, Max Gimmel AG · Michael Pfäffli, Inhaber Pfäffli Gärtnerrei · Nadia Bär, VR FeePerfect AG · Nicolas Brunschwig, VR-Präsident bei der BRUNSCHWIG FF AG · Nicole Loeb, Delegierte des VRs der LOEB AG · Nottter Christian, Rechtsanwalt · Pascal Gentinetta, Direktor economieuisse · Pascal Lütolf, Finanzchef der Trisa AG · Patrick Stähler, Unternehmer fluidminds GmbH · Patrick Weiss, Niederlassungsleiter Provida Consulting AG · Peter Dutschler, Mitglied der Geschäftsleitung Dutschler & Naegeli AG · Peter Eckert · Peter F. Weibel, VR Credit Suisse · Peter Flück, Flück Haustechnik AG · Peter Forstmoser, Rechtsanwalt · Peter Kofmel, Rechtsanwalt · Peter Kurer · Peter Michel, Geschäftsführer Burkhalter Technics AG · Peter Quadri, VR Swisstyle · Philipp Cottler · Pierre Stephan, Adm-dél. STEPHAN SA · Pierre Weiss, Directeur Fédération des entreprises romandes · Raymond J. Bär, VR-Präsident Julius Bär Gruppe AG · Raymond Lorethan, VR-Präsident Genolier Swiss Medical Network SA · Renato Menegola, VR Menegroup AG · Robert Egloff, Vizedirektor Swiss Life AG · Robert Naville, CEO und Inhaber Köppli & Partner AG · Rolf Soiron, VR-Präsident Lonza und Holcim · Roman Geiser, VR-Präsident Burson-Marsteller CH · Roy Nussbaum, Delegierte des VR R. Nussbaum AG · Rudolf Friedrich, Alt Bundesrat · Rudolf Stämpfli, VR-Präsident Stämpfli AG und Präsident des Schweizerischen Arbeitgeberverbands · Samuel Krays, Inhaber und Managing Partner Digma Management Consulting AG · Sibylle Egger, Rechtsanwältin · Stefan Kuhn, VR-Präsident und CEO K+D AG · Stephan Mumenthaler · Thomas Daum, Direktor Schweizerischer Arbeitgeberverband · Thomas Isler, VR-Präsident Gessner Holding AG · Thomas Meyer, Country Managing Director accenture Schweiz · Thomas Sevcik, VR-Präsident arthesia AG · Tobias Frei, CEO saw gruppe · Ueli Looser, Partner with BLR & Partners · Ulrich Bremi, Unternehmer · Urs Egger, Geschäftsführer Swisscontact · Urs Kaufmann, CEO HUBER+SUHNER Group · Urs Rügsegger, CEO Six Group · Urs Tischhauser, VR TISCA TIARA · Vincenza Trivigno, Executive Vice President Stadler Rail AG · Vincenzo Pedrazzini, VR-Präsident Pedrazzini Holding AG · Walter Egger, Unternehmer BT Bautechnik Egger · Walter Rutishauser · Werner Fleischmann, Firmeninhaber von der FLEISCHMANN Immobilien AG · Werner Messmer, Präsident des Schweizerischen Baumeisterverbands · Zeno Staub, CEO Bank Vontobel AG

Unterstützen Sie dieses Inserat auf PC-Konto 30-5503-0.

Unterzeichnen auch Sie diesen offenen Brief unter [www.pro-bilaterale.ch](http://www.pro-bilaterale.ch)

Freunde der FDP Die Liberalen, Postfach 6136, 3001 Bern

Zahlreiche Unternehmer appellierten an die SVP mit einem offenen Brief, welcher als Inserat in der NZZ und in Le Temps publiziert wurde (Namen Stand 31. Mai 2011).

# Etikettenschwindel grünliberal

Ein Gespenst geht um. Eine junge Partei, in vielen Kantonen noch inexistent, schneidet an einigen kantonalen Wahlen gut ab. Die Medien stürzen sich auf die Neuen und sagen den etablierten Parteien vorschnell den Untergang voraus. Welche Politik betreiben die Grünliberalen aber wirklich? Beim genauen Hinsehen stellt sich heraus: Die Partei ist gar nicht so liberal, wie der Name vermuten lässt.

## GLP: Ja zur Buchpreisbindung

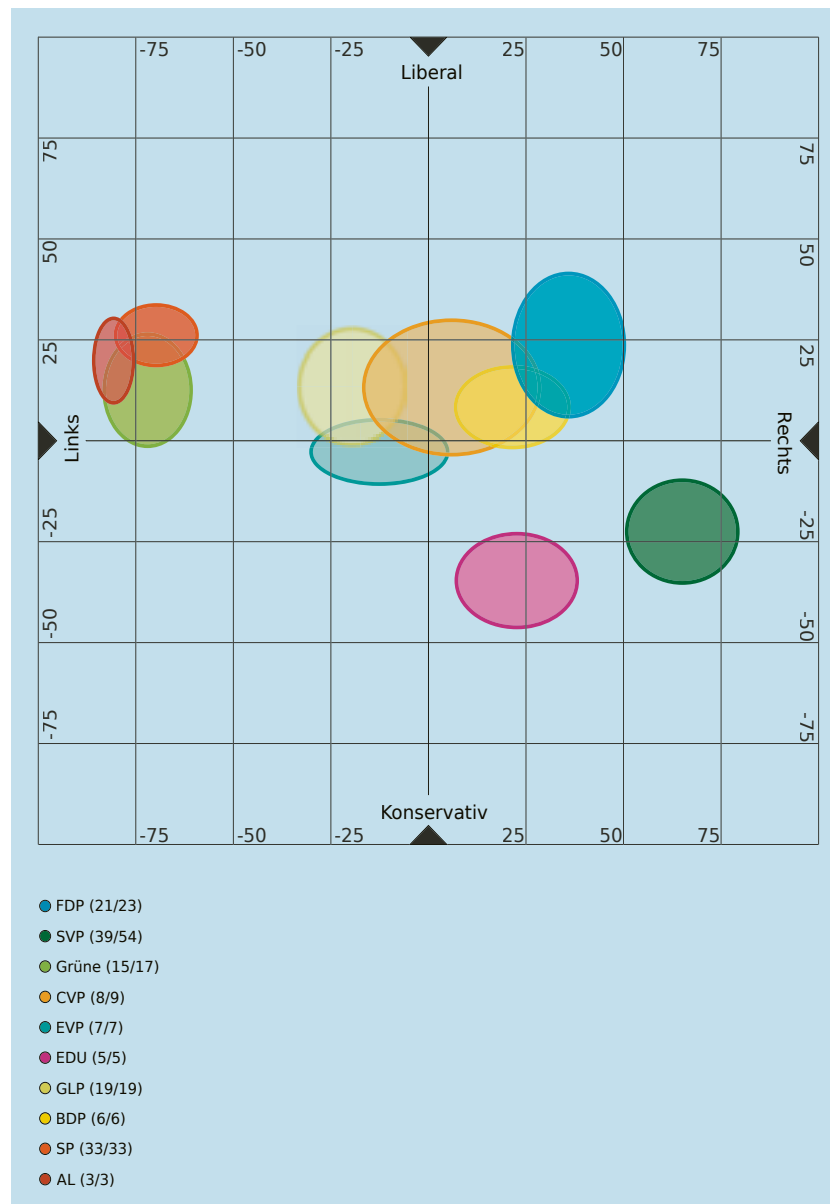
Man muss kein Experte sein, um zu wissen, dass künstlich hohe Buchpreise die Konsumenten schröpfen. Auch für den Schweizer Buchhandel ist es ein Eigengoal – denn die Konsumenten bestellen ihre Bücher halt einfach im Ausland. Darum war für die FDP klar: Die Buchpreisbindung ist abzulehnen. Nicht so für die Grünliberalen. Deren Nationalrätin Tiana Moser stimmte in der äusserst knappen Abstimmung für diese künstliche Verteuerung. Zusammen mit einigen SVP-Nationalräten hat das zu einer Annahme geführt. Die FDP und die Jungfreisinnigen ergriffen umgehend das Referendum.

## GLP: Nein zur Marktöffnung der Post

Auch beim Postgesetz und Postorganisationsgesetz hat die glp ihr wahres Gesicht gezeigt. Die Vorlagen enthielten keine Marktöffnung mehr und verloren dadurch ihren Sinn. Das einzig Richtige aus liberaler Sicht war darum deren Ablehnung. Trotzdem stimmten die beiden glp-Nationalräte Tiana Moser und Thomas Weibel für die Vorlagen. Der Präsident und Nationalrat Martin Bäumle fehlte bei beiden Abstimmungen. Ein Vertreter der glp hat ausserdem für die Vorprüfung der parlamentarischen Initiative gestimmt, welche die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens fordert. Ist das liberal?

## Politologe Hermann: Die FDP ist der liberale Pol der Schweiz

Sind dies vielleicht nur Einzelfälle? Hier hilft ein Blick auf das neue Zürcher Kantonsparlament (s. Abb.). Auf dieser politischen Landkarte ist klar zu erkennen, dass die glp deutlich links der Mitte einzuordnen ist. Auch sind sie nicht so liberal wie das Original – die FDP. Als weiteres Merkmal ist zu erkennen, dass die Streuung innerhalb der glp beträchtlich ist.



Kantonsrat Zürich: Die glp ist klar links und nicht liberaler als etwa die CVP.

Der Politogeograf Michael Hermann hat für die Arena vom 8. April das nationale Abstimmungsverhalten von FDP, CVP, BDP und glp verglichen. Dabei ist klar ersichtlich, dass sich nur eine Partei wirklich von den anderen unterscheidet, nämlich die FDP. Sie sei der liberale Pol der Schweiz, und die anderen drei Parteien könne man

nicht so recht unterscheiden, so Michael Hermann.

## Die Illusion der 2000-Watt-Gesellschaft

Die glp strebt die 2000-Watt-Gesellschaft an. Ein unrealistisches Ziel, da in den Industrieländern heute sechs- bis siebenmal so viel Energie pro Per-

son verbraucht wird. Auch innerhalb der Partei wird dieses Ziel nicht als realistisch betrachtet. Bäumle selber sieht eher 3000 bis 4000 Watt als machbar. Er selber indes wohnt in einem Einfamilienhaus, fährt Auto und Motorrad – er ist also noch weit davon entfernt. Mit dieser Tatsache konfrontiert, sagt er zum Vorwurf, er predige Wasser und trinke Wein: «Ich trinke beides – und predige beides. Darum grünliberal!»

## FDP fordert mehr Energieeffizienz bei Gebäuden

In der Schweizer Energiepolitik besteht Handlungsbedarf. Was aber tut die FDP für den Klimaschutz? Sehr viel! An dieser Stelle wollen wir kurz einen Aspekt aus unserer Energiepolitik beleuchten, nämlich die Energieeffizienz von Gebäuden. Denn energetische Gebäudesanierungen sind das wichtigste Mittel zum Klimaschutz. Diesen Grundsatz haben die Delegierten bereits vor einem Jahr an der Umweltschicht in Lugano getroffen.

Die grösste Wirkung im Gebäudebereich hat die umfassende Verbesserung von Dämmung und Gebäudetechnik von Wohngebäuden, die vor 1980 errichtet wurden. Als Folge des Entscheids von Lugano haben wir den Bundesrat beauftragt, dafür zu sorgen, dass alle Neu- und insbesondere Altbauten die energetischen

Mustervorschriften der Kantone bis ins Jahr 2040 erreichen. Davon ausgenommen sind geschützte Bauten.

Die FDP hat zur Erreichung dieser Ziele zahlreiche parlamentarische Vorstösse eingereicht. Mehr Informationen zur FDP-Energiepolitik finden Sie auf unserer Webseite [www.fdp.ch](http://www.fdp.ch) positionen.



Fakten statt Vorurteile

## Wie die FDP wirklich ist

Die FDP wird immer wieder als Vertreterin der Grossindustrie, der Banken und Versicherungen sowie der Pharmaindustrie dargestellt. Zudem gilt die FDP im Allgemeinen als wenig bürgernah. Wer sich die Mühe nimmt, genauer hinzusehen, stellt fest, dass es sich hierbei um haltlose Vorurteile handelt.

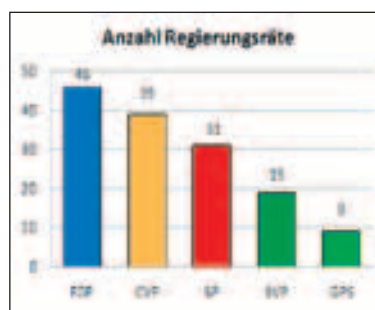
**Vincenzo Pedrazzini,**  
Präsident *FDP.Die Liberalen*  
Kanton Schwyz, Vizepräsident  
*FDP.Die Liberalen Schweiz*

Eine vom Schweizerischen Gewerbeverband in Auftrag gegebene Studie hat ergeben, dass die Parlamentarier der *FDP.Die Liberalen* am KMU-freundlichsten sind. Die ersten 16 Positionen werden allesamt von FDP-ern belegt. Dieses Studie lässt keinen Interpretationsspielraum offen, es sind harte Fakten. Die FDP liegt vor der SVP (die im Übrigen den Präsidenten des SGV stellt – dieser belegt aber nur den 54. Rang), der BDP, der CVP und der GLP. Sollten Sie, liebe FDP-Mit-

glieder, in Zukunft deshalb hören, die FDP kümmere sich nicht um unser Gewerbe, sondern nur um die Grossindustrie, dann verweisen Sie einfach auf diese Fakten. Es wird Zeit, dass die Bevölkerung die Wahrheit erfährt. Es liegt an uns, mit den Vorurteilen aufzuräumen, der politische Gegner oder die Medien werden es nicht tun.

Auch die «Bürokratie-Stopp!»-Initiative zeigt deutlich auf, dass uns die KMU am Herzen liegen. Selbstverständlich können auch wir nicht die in Jahrzehnten aufgebaute Bürokratie von einem Tag auf den anderen stoppen. Aber wir wollen und müssen uns dagegenstemmen.

Ein weiteres Vorurteil lautet, dass



Die FDP verfügt über die meisten Regierungsräte.

die FDP nicht nahe genug am Bürger ist und die Sorgen und Nöte nicht kennt. Hier ein paar weitere Fakten: Die FDP stellt schweizweit mit Abstand am meisten Gemeindepolitiker

(über 30 Prozent). Sie steht mit 46 Regierungsräten auch hier in der Rangliste zuoberst auf dem Treppchen (CVP: 39, SP: 31, SVP: 19!). Das sind die Fakten. Je besser und direkter der Bürger die FDP-Politiker wahrnehmen kann, desto stärker ist die Partei. Das zeigt deutlich auf, dass die FDP bürgernah ist.

Es muss unsere Aufgabe sein, dem Wähler aufzuzeigen, wer wir tatsächlich sind, nicht wie uns die anderen darstellen. Dazu braucht es unser volles Engagement. Stellen wir uns hin und erzählen wir, wer wir sind. Nur so können wir die Wahlen gewinnen. Ich freue mich, wenn Sie uns dabei unterstützen.



Vincenzo Pedrazzini, Wahlkampfleiter.

Interview erschienen in der Schweizerischen Gewerbezeitung

## «Wie ein KMU denken»

Markus Hutter – Für den FDP-Vizepräsidenten ist die Bürokratie-Stopp!-Initiative das ideale Instrument, um die stets wachsenden Regulierungskosten einzudämmen.

**Unterschreiben Sie jetzt  
den beigelegten Bogen in der Mitte  
des Freisinns.**

*Kommt für Sie der Sieg der FDP im KMU-Ranking überraschend?*

Markus Hutter: Dass die ersten 16 Plätze von FDP-Mandatsträgern belegt werden und die weiteren FDP-Vertreter ebenfalls weit vorne zu finden sind, ist ein Beleg für die KMU-freundliche Politik der FDP. Entgegen medialer Meinung sitzt für die FDP kein Vertreter der Hochfinanz im Parlament, dafür mehrere Unternehmer. Ich hoffe, dass die Unternehmer in der nächsten Legislatur noch zahlreicher in den Eidgenössischen Räten vertreten sind. Heute bin ich der einzige Garagist im Bundeshaus.

*Ist diese KMU-Freundlichkeit eine bewusste Strategie der Fraktion, oder ergibt sich das als automatische Folge liberaler Politik?*

Es ist eher eine Folge. Eines unserer Hauptanliegen ist die Schaffung von Arbeitsplätzen, die nur durch eine

Stärkung der KMU, den Stützpfeilern unserer Wirtschaft, möglich ist. Zudem setzen wir uns für die Sicherung unserer Sozialwerke und einen ausgeglichenen Staatshaushalt ein. Den bewährten Mechanismus der Schuldenbremse haben wir FDP-Bundesräten zu verdanken. Nur dank der geringen Staatsverschuldung hat die Schweizer Wirtschaft die Krise so gut gemeistert. Schliesslich lehnen wir einen EU-Beitritt ab, da dieser die Wirtschaft in verschiedenen Bereichen schwächen würde. Es hat sich gelohnt, auf die bilateralen Verträge zu setzen. Auch die Personenzüchtigkeit hat sich für die KMU – trotz einiger Nachteile – als positiv erwiesen.

*Nutzt der Zuzug gut ausgebildeter Menschen nicht nur ein paar wenigen High-Tech-Branchen?*

Zahlreiche KMU profitieren. Denn auch traditionelle Branchen haben Schwierigkeiten, im Inland genügend Fachleute zu finden. In meinen beiden Garagen in Winterthur und Schaffhausen kommen von 72 Mitarbeitern 16 Leute aus dem EU-Raum, darunter Spengler, Lackierer und sogar ein Kundenberater. Ich habe für die entsprechenden Stellen schlicht keine Schweizer gefunden. Es ist wichtig für KMU, ohne grosse bürokratische Hindernisse ausländische Fachkräfte anstellen zu können.

*Können Sie zwei Beispiele nennen, was die FDP-Fraktion für die KMU tut?*

Wir kämpfen mit Vorstössen gegen die Akademisierung der Berufsbildung. Wenn die theoretischen Anforderungen in handwerklichen Berufen immer grösser werden, streben die Jugendlichen vermehrt schulische Ausbildungen an. Zugleich ist es für die Lehrbetriebe zunehmend ein Problem, dass die Präsenzzeit der Lernenden im Betrieb wegen zusätzlichen Schullektio-



FDP-Vizepräsident und Garagist Markus Hutter (rechts).

nen ständig abnimmt. Wir setzen uns für eine praxisnahe Ausbildung ein und verlangen, dass wieder mehr finanzielle Mittel in die duale Berufsbildung fliessen, die eine wichtige Schweizer Errungenschaft ist.

Ein anderes Beispiel sind die Ladenöffnungszeiten. Die heutigen Einschränkungen sind nicht mehr zeit-

weise anregen. Sie ist eine Disziplinierungsform. Auch wir Parlamentarier müssen uns selber beschränken und nicht aus Eigeninteressen stets neue Vorschriften und Verbote fordern. Auf allen Staatsstufen soll künftig geprüft werden, welche Auswirkungen eine neue Verordnung für den einzelnen Unternehmer hat. Wir Entscheidungs-

**«Entgegen medialer Meinung sitzt für die FDP kein Vertreter der Hochfinanz im Parlament, dafür mehrere Unternehmer»**

gemäss. Wir setzen uns dafür ein, dass jeder einzelne Unternehmer selber entscheiden kann, wann er sein Geschäft öffnet. Es handelt sich dabei um ein grosses Bedürfnis der Konsumenten, wie auch die Umsatzzahlen der 24-Stunden-Tankstellenshops zeigen.

*Was bringt die «Bürokratie-Stopp!»-Initiative den Schweizer KMU?*

Die Initiative soll die Verwaltung und die Exekutive, aber auch uns Parlamentarier zu einer neuen generellen Denk-

träger müssen endlich damit beginnen, uns in den Bäcker, den Metzger oder den IT-Unternehmer hineinzusetzen. Ständig neue Vorschriften, die mit den Schlagwörtern «Umwelt», «Sicherheit» und «Gesundheit» durchgewunken werden, blockieren unsere Wirtschaft immer mehr und führen zu einer übertriebenen Bürokratie.

*Mit welchen bürokratischen Einschränkungen sehen Sie sich im Autogewerbe konfrontiert?*

### Zur Person

Der 54-jährige wurde 2003 in den Nationalrat gewählt. Er gehört dort der Finanzkommission und der Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen an. Seit 2009 ist er der Vizepräsident der FDP. Die Liberalen Schweiz. Hutter ist Vorstandsmitglied des Zürcher Autogewerbeverbandes und des ACS Schweiz. Bis 2010 war er zudem Vizepräsident des kantonalzürcherischen Gewerbeverbandes.

Der Garagist ist Inhaber und Präsident des Verwaltungsrates des Familien-KMU Hutter Dynamics AG, zu der zwei BMW- und Mini-Markenvertretungen in Winterthur und Schaffhausen sowie ein Carrosserie-Center gehören.

Hutter ist verheiratet und hat zwei erwachsene Kinder.

## Beispiel absurder Bürokratie

## «Er darf in seinem eigenen Teich baden, aber nicht fischen»

Artikel erschienen im Tagesanzeiger

Hannes Strebel gestaltete auf seinem eigenen Grundstück einen Feuerwehrtisch zu einem Fischbecken um. Da er den Teich als Fischreservoir für ein Bistro mit Fischspezialitäten nutzen wollte, brauchte er die Fischereirechte. Er wandte sich an das zuständige Amt, um sich die Rechte übertragen zu lassen. Nach einer ersten positiven Antwort hörte er nichts mehr und erhielt auch keine Unterlagen. Deshalb fragte er nach einiger Zeit nach. Auf

die erneute Anfrage wurde ihm mitgeteilt, dass er sich nicht offiziell um die Pacht beworben hätte, dazu komme, dass nach den zwischenzeitlich geänderten gesetzlichen Bestimmungen Reviere nur an Personen mit Fischerei-Sachkundeausweis verliehen würden, und Strebel sei noch nicht fachkundig... Vielleicht kommt es nun zur Klage. Zu hoffen ist, dass Strebel in seinem Weiher nicht nur baden, sondern auch einmal fischen darf.

Unter dem Deckmäntelchen «CO<sub>2</sub>» werden stets neue Umweltvorschriften eingeführt. Obwohl die heutigen Fahrzeuge weit weniger Emissionen ausstossen und bei sämtlichen Schadstoffen die Grenzwerte klar eingehalten werden, wird die ganze Branche zum Umweltsünder abgestempelt. Bei uns in der Stadt Winterthur wird sogar mit sogenannten autofreien Tagen auf behördliche Anordnung aufgerufen, die Mobilität einzuschränken.

*Welche Kosten verursacht die zunehmende Regulierung in Ihrem Betrieb?* Der Jahresabschluss ist wegen den neuen Regeln zur Revisionspflicht zeitaufwendig und kostenintensiv geworden. Doch auch die Formulare, die wir in einer gewöhnlichen Arbeitswoche ausfüllen müssen, werden immer komplexer. Allein schon das Erneuern eines Händlerschildes beim Strassenverkehrsamt geschieht mittlerweile mit einem mehrseitigen Formular mit x Fragen.

Und wenn ich an einem Wochenende meine Kundschaft zur Autoausstellung laden will, muss ich nicht nur verschiedene Bewilligungen einholen, sondern muss gemäss Reglement für jede einzelne Fahne, die ich aufhänge, jeweils 30 Franken bezahlen.

*Zurück ins Bundeshaus: Wie arbeiten Sie mit anderen Parteien für eine KMU-freundliche Politik zusammen,*

*da es ja oftmals zu Blockaden und Ablehnung kommt?*

Im Parlament Mehrheiten für KMU-freundliche Regelungen zu finden, ist leider sehr schwierig. Nicht nur die Linken stellen sich jeweils gegen Verbesserungen. Ein Beispiel ist die gescheiterte Einführung des einheitlichen Mehrwertsteuersatzes. Als Folge davon müssen sich die KMU weiterhin mit drei unterschiedlichen Sätzen rumschlagen.

*Der Bürokratieabbau steht nicht nur bei Ihnen an erster Stelle, sondern z. B. auch bei der US-amerikanischen Tea Party. Wird die FDP zur Schweizer Tea Party?*

Das ist ein schlechter Vergleich. Die Tea Party ist eine neu gegründete Oppositionsbewegung. Die FDP dagegen hat eine lange Tradition und ist eine staatstragende Partei, die ein volkswirtschaftliches Bewusstsein hat und deshalb die nötigen Korrekturen fordert.

*Glauben Sie, dass das Thema Bürokratisierung die Wähler mobilisiert?* Davon bin ich überzeugt. Wir alle spüren die Folge einer zu starken Bürokratie. Die Bürokratie-Initiative der FDP ist ein ideales Instrument, um die Regulierungskosten einzudämmen – auf Gemeinde-, Kantons- und Bundesebene. Davon wird jede Bürgerin und jeder Bürger profitieren.

## Ein Erfahrungsbericht

## Unterschriften sammeln für die Volksinitiative «Bürokratie-Stopp!»

Wir von der FDP Tägerwilen (Thurgau) hatten uns als Sammeltag für die Eidg. Volksinitiative «Bürokratie-Stopp!» den Samstag, 26. März 2011, ausgesucht, Beginn 8.00 Uhr vor unserem Gemeindehaus.

Ausgerüstet mit vorbereitetem FDP-Plakatmaterial im Grossformat, Bürokratie-Flutterfahne und Unterschriftenbogen sowie Kaffee und Gipfeli standen wir bereit.

Vorgängig hatten wir unsere Mitglieder und Gönner angeschrieben sowie die Einwohnerschaft und auch in der Tägerwiler Post auf die Standaktion aufmerksam gemacht.

Vorbeikommende Freunde und Bekannte konnten wir für unsere Sache gewinnen. Auch half uns zwischen durch die kantonale FDP-Geschäfts-

führerin Elisabeth Sulger Büel. Sie machte uns vor, wie man direkt Leute mit Erfolg auf der Strasse anspricht. Und wir machten es nach.

Der Samstagmorgen brachte zirka 60 Unterschriften, verteilt auf Tägerwilen und die umliegenden Gemeinden. Jemand kam sogar aus dem Welschland (Heimweh-Tägerwiler)!

Durch Hausbesuche, weitere Begegnungen im Dorf oder anlässlich sonstiger Gelegenheiten konnten die Unterschriftenbögen ergänzt werden, sodass wir bis kurz vor Ostern 112 Unterschriften zur Beglaubigung weiterleiten konnten.

Fazit: Nur der persönliche Kontakt – das direkte Ansprechen von Passanten – und gute Argumente können zum Erfolg führen.



Sammelten 112 Unterschriften: Die Ortspartei Tägerwilen, auf dem Bild vertreten durch Adolf Gloor (Präsident), Rolf Maurer (Kassier) und Willi Sauter (Gemeinderat).



Versorgungssicherheit als wichtigstes Ziel: Damit der Schweiz der Strom nicht ausgeht.

## Die FDP will einen liberalen Umbau der Energieversorgung

Die liberale Energiepolitik setzt auf Versorgungssicherheit, sichere Produktion, Klimaschutz und wettbewerbsfähige Preise. Kürzlich hat die FDP ihre Strategie präsentiert. Das Massnahmenpapier zeigt auf, wie eine Versorgungslücke verhindert werden kann.

Die FDP will keinen Neubau von Kernkraftwerken mit der aktuellen Reaktorgeneration. Ein generelles Technologieverbot hingegen lehnt die Partei ab. Gleichzeitig fordert die FDP energiepolitische Massnahmen für mehr Energieeffizienz, erneuerbare Energien und mehr Markt.

### Freier Energie-Markt

Die FDP ist überzeugt, dass ein liberalisierter Markt, wo sich der Preis nach Angebot und Nachfrage richtet, die richtigen Signale für Investitionen

von Privaten und der Industrie in Energieeffizienz und erneuerbare Energien setzt. 2015 wird der Strommarkt geöffnet. Es braucht diesen freien Markt für Energie mit Zugang und gleichen Rechten für alle Lieferanten und Konsumenten, unabhängig von ihrer Grösse. Das heutige Stromnetz muss weiterentwickelt werden. Der Aufbau eines solchen modernen Smart Grid führt bis 2030 zu einer besseren Auslastung und Beeinflussung des Stromverbrauchs, je nach Angebot. Aber es gibt noch weiteres Spar-Potenzial.

Neue, intelligente Zähler – so genannte Smart Meter – informieren beispielsweise über den aktuellen Stromverbrauch. Sie helfen, sparsamer mit dem Strom umzugehen. Die erforderlichen Grundlagen sind 2013 mit dem Stromversorgungsgesetz zu schaffen.

Die FDP fordert überdies eine Bildungs- und Forschungsoffensive im Energiebereich. Alle Energieträger sollen mit einbezogen werden, damit neue, energieeffiziente Technologien in der Schweizer Wirtschaft verankert werden.

### Attraktive Alternativen

Die Verfahren für das Erstellen von Energieproduktionsanlagen (insbesondere Wasserkraft und Pumpspeicherkraftwerke) sind zu überprüfen, zu vereinfachen und zu beschleunigen. Die FDP ist überzeugt, dass ein neues, wettbewerbsfähiges Energiekonzept verhindern muss, dass weiterhin jeder neue Strommast umkämpft, jeder Solarkollektor auf dem Dach durch bürokratischen Wildwuchs verhindert oder

**Fortsetzung auf der nächsten Seite**

# Grosses Potenzial in der Energietechnologie

Ein Seminar der FDP-Fachkommission Umwelt und Energie brachte zahlreiche Experten zusammen und sorgte für einhelligen Konsens: Das Potenzial für neue Energietechnologien ist gross, für deren Finanzierung braucht es aber mehr Markt.

Der Tagungsort des Seminars war bezeichnend: Das Swisscom-Gebäude in Worblaufen ist energetisch vorbildlich. So funktioniert die Toilettenspülung mit Regenwasser und das ganze Gebäude wird mit Fernwärme aus einer Kläranlage versorgt. Rund 60 Teilnehmerinnen und Teilnehmer wohnten spannenden Beiträgen von Experten aus dem In- und Ausland bei.

Walter Steinmann, Direktor des Bundesamts für Energie, Urs Meister von Avenir Suisse, der Chefingenieur von Siemens Michael Weinhold sowie Alpiq-CEO Giovanni Leonardi brachten unterschiedliche Aspekte und Perspektiven in die Diskussion ein.

## Forschung braucht den Markt, nicht den Staat

Auf dem Feld der Energietechnologie sind zurzeit grosse Fortschritte zu verzeichnen. So informierte der ETH-Professor Hansjürg Leibundgut über die zukünftigen Möglichkeiten der dezentralen, lokalen Energieversorgung. Dazu gehören zum Beispiel Energiespeicher in Haushalten oder auch genaue Messmethoden des Energieverbrauchs. Der technologische Fortschritt bietet viel Potential für Arbeitsplätze, für das Gewerbe und für den Klimaschutz.

Mit diesen technologischen Möglichkeiten sind natürlich auch hohe

Kosten verbunden. Für die Experten der FDP ist klar, dass die nötigen Investitionen nur durch den Markt ermöglicht werden können. Unternehmen sollen frei entscheiden können, in welche Technologien sie ihr Vertrauen und damit auch ihre Ressourcen stecken wollen. Nur der Markt kann die knappen Mittel so verteilen, dass die wettbewerbsfähigsten Technologien weiterentwickelt werden. Das bedeutet eine klare Absage an staatliche Technologieverbote oder planwirtschaftliche Versuche, die Forschung zu beeinflussen.

## Fortsetzung von Seite 20

energetische Massnahmen durch Ersatzbau oder Sanierung von Gebäuden durch ein bürokratisches Baurecht verunmöglicht werden.

Wir verlangen im Hinblick auf die Förderung der erneuerbaren Energie eine Reform der kostendeckenden Einspeisevergütung (KEV). Nach dem heutigen Stand der Technik führen die Einspeisevergütungen dazu, dass die Anlagen für die Produktion erneuerbarer Energien 25 Jahre vergütet werden. Eine Bestandsaufnahme, welche den technologischen Fortschritt berücksichtigt, tut Not und würde eine deutliche Absenkung der Vergütungssätze nach sich ziehen.

## Bessere Effizienz

Bewilligungsverfahren und Minimalstandards bei energetischen Gebäudesanierungen müssen vereinfacht werden. Konsequente Vorschriften für sparsame Haushalts- und Elektrogeräte sollen neben weiteren Massnahmen

zusätzlich helfen, die Energieeffizienz zu verbessern.

Auch in dieser hitzigen energiepolitischen Debatte bleibt die FDP eine lösungsorientierte Partei, packt die Probleme an, arbeitet und versucht neue Wege aufzuzeigen. Die FDP

übernimmt auch in der Energiepolitik Verantwortung für die Zukunft – **aus Liebe zur Schweiz.**

Das gesamte Massnahmenpapier ist online unter:

[www.fdp.ch/positionen](http://www.fdp.ch/positionen)

## Begründung Fraktionsentscheid

Um diese Ziele und Massnahmen verfolgen zu können, hat die FDP-Liberale-Fraktion am Dienstag, 31. Mai, einen Entscheid getroffen, welcher vielfach diskutiert wurde. Sie hat bei den Abstimmungen über die Motionen Schmidt «Schrittweiser Ausstieg aus der Atomenergie» und BDP «Keine neuen Rahmenbewilligungen für den Bau von Atomkraftwerken» entschlossen, sich der Stimme zu enthalten. D. h. bei nur zwei von insgesamt gegen die 140 Vorstössen.

## Dies aus folgenden Überlegungen:

Die Forderung, keine neuen Rahmenbewilligungen für Kernkraftwerke zu erteilen, kommt einem Technologieverbot gleich. Die energiepolitischen Entscheidungen haben ausserdem sehr langfristige Auswirkungen. In diesem Zusammenhang kritisiert die Fraktion den Richtungsentscheid des Bundesrates, der auf ungenügender Faktenlage basiert. Er zeigt die Folgen auf die Versorgungssicherheit und die Energiepreise nicht auf. Ausserdem hat die Fraktion damit bewirkt, dass die Einwände der FDP im Ständerat vertieft behandelt werden. Aus parlamentarischen Gründen können in der Sommersession im Nationalrat die Ausstiegs-Motionen nicht inhaltlich angepasst werden.

## In Kürze: Ziele

- Versorgungssicherheit
- sichere Produktion
- Klimaschutz
- wettbewerbsfähige Preise

## Säulen (inkl. Massnahmen)

### 1. Säule: Rahmenbedingungen und Markt

- a. Ablehnung neuer Lenkungsabgaben und Subventionen bei der Energieproduktion
- b. Aufbau eines intelligenten Stromnetzes («Smart Grid») bis 2030
- c. Kostenwahrheit und Transparenz bei den Strompreisen dank intelligenter Zähler («Smart Meter»)

### 2. Säule: Offensive für Erneuerbare Energien

- d. Abschaffung der Bewilligungspflicht für die private Installation von Solaranlagen
- e. Abschaffung absurder Bürokratie durch Vereinfachung der Bewilligungsverfahren für Produktionslagen Erneuerbarer Energien wie Wasserkraft und für die Geothermie-Forschung
- f. Eine liberale Reform des Systems der kostendeckenden Einspeisevergütung (KEV) für Erneuerbare Energien

### 3. Säule: Energieeffizienz

- g. Vereinfachung der Bewilligungsverfahren und Minimalstandards bei der energetischen Gebäudesanierung
- h. Eine «A-Klasse-Schweiz» dank konsequenten Vorschriften für sparsame Haushalts- und Elektrogeräte

Fünf Fragen an

# Tamara Lauber, Gemeinderätin Stadt Zürich, Juristin



1. Was waren Ihre Gründe, sich politisch zu engagieren?

«Aus Liebe zur Schweiz» bringt die Motivation für mein politisches Engagement treffend auf den Punkt. Der Stolz auf unserer Werte und Traditionen sowie die wunderschöne Landschaft liegen mir am Herzen. Während meiner Zeit als aktive Skirennfahrerin bin ich in ganz Europa herumgereist, aber nirgends fand ich es so schön wie hier in der Schweiz. Auf der anderen Seite steht die Leidenschaft für die Politik im Vordergrund. Es macht Spass, etwas zu bewegen und mitgestalten zu können.

2. Was gefällt Ihnen am besten an der Schweiz?

Es gilt unserem Land Sorge zu tragen. Ich fordere daher beispielsweise die

Fortsetzung des Bilateralismus, lehne einen EU-Beitritt aber entschieden ab. In der Asyl- und Ausländerpolitik bin ich dezidiert für eine konsequentere und restriktivere Praxis. Besonders zu betonen sind die freisinnigen Werte wie Eigenverantwortung, weniger Staat und mehr Freiheit. In der Tagespolitik zeigt sich leider oft ein anderes Bild. Bürgerinnen und Bürger werden immer mehr durch Regulierungen, Vorschriften und Verbote bevormundet, beispielsweise durch das Präventionsgesetz, welches der Ständerat in der kommenden Session behandeln wird. Demnach soll künftig der Bund festlegen, wie sich die Bevölkerung ernähren und sportlich betätigen muss. Die Eigenverantwortung des Einzelnen wird damit beschnitten, weshalb dieses Gesetz abzulehnen ist.

3. Was war Ihr politischer Höhepunkt?

Die Niederlage bei den kantonalen Wahlen vom 3. April 2011 – ich kandidierte im Kreis 7/8 – sitzt noch zu tief, um von Höhepunkten zu reden. Ich wünsche mir, dass die Partei ihre Verantwortung wahrnimmt und die eigenen Fehler auch beim Namen nennt. Jetzt erst recht! So lautete das Motto unserer Gemeinderatsfraktion bei der Teilnahme am Zürich-Marathon. In diesem Sinne muss es doch jetzt auch politisch weitergehen.

4. Welchen Ratschlag geben Sie einer jungen Politikerin?

Engagiere dich aus Freude an der Sache und behalte dabei stets das Ziel vor Augen. Für harte Arbeit wirst du irgendwann immer belohnt – mit jedem

Engagement geht dir irgendwo wieder ein Türchen auf.

5. Wenn beamen möglich wäre, wohin oder in welche Zeit ginge Ihre Reise?

Als leidenschaftliche Bergsteigerin hätte ich gerne die Zeit um das Ende des 18. Jahrhundert erlebt. Die Bergtäler waren damals nur mit Kutschen erreichbar. Tourismus gab es kaum. Das Bergsteigen nahm damals seine Anfänge. Viele Erstbesteigungen gehen auf diese Zeit zurück. In diese Zeit würde ich mich gerne für einen kurzen Augenblick zurückbeamen lassen. Ansonsten bin ich gespannt, was uns die Zukunft alles Schönes bringen wird.

## FDP fordert griffige Massnahmen gegen Jugendgewalt und Cybercrime

**Claudine Esseiva,**  
Generalsekretärin

Im Internet werden Verbrechen von unvorstellbarer Grausamkeit verkauft. Neben Cybercrime macht die steigende Brutalität von Gewalt unter Jugendlichen zu schaffen. FDP.Die Liberalen fordern in einer Resolution konkrete Massnahmen. Sicherheit ist die erste und wichtigste Voraussetzung für eine Zivilgesellschaft. Leider gibt es auch in der Kriminalität «innovative» Kräfte. Die Plattform der Internet-Kriminalität mag virtuell sein, die Verbrechen sind sehr real. Pädophile – aber auch Nekrophile – haben im World-Wide-Web freie Bahn. Sowohl in der Prävention wie auch in der Bekämpfung sind wir schlecht gerüstet. Unsere Polizei wird mit Datenschutz geknebelt, derweil Ungeheuerliches vor

sich geht. Am Sicherheitstag der FDP.Die Liberalen am 21. Mai 2011 im Casino in Bern hat ein hochkarätiges Team von Spezialisten, National- und Regierungsrät/innen u. a. folgende Forderungen verabschiedet:

### Bei der Jugendkriminalität

- Rascher Strafvollzug für jugendliche Straftäter
- Ausschöpfung des Jugendstrafrechts, zum Beispiel Verhängung von Hausarrest
- Eltern haften für betrunkene und randalierende Jugendliche
- Zwingend Integrations- und Deutschkurse für randalierende ausländische Jugendliche

### Beim Cybercrime

- Schutz durch Aufklärung in der Schule; entsprechende Lehrmittel



Carmen Walker Späh, Präsidentin der FDP.Die Liberalen Frauen am Sicherheitstag.

- Koordination der kantonalen Gesetzgebung
- Polizeiliche Kompetenzzentren auf Bundesebene (IT-Spezialisten u. a.), die der ganzen Schweiz zur Verfügung stehen
- Kein Datenschutz für Täter

Hinter diese Resolution stellen sich unter anderem folgende FDP-Spitzenpolitiker: Regierungsrätin Jacqueline de Quattro (VD), Regierungsrätin Sabine Pegoraro (BL), Regierungsrat Hans-Jürg Käser (BE), Nationalrätin Corina Eichenberger (AG), Vincenzo Rentsch, Jungfreisinniger SG, Philippe Nantermod, Jungfreisinniger VS, Carmen Walker Späh, Präsidentin FDP Frauen Schweiz und Kantonsrätin ZH.

# Wahlkampf statt Polittheater

**Samuel Lanz, Präsident**  
*FDP.Die Liberalen International a.i.*  
**Helen Freiermuth,**  
 Vorstandsmitglied  
*FDP.Die Liberalen International*

Die Stimmen der fünften Schweiz werden bei den kommenden Parlamentswahlen noch mehr umkämpft werden als 2007. Kein Wunder, es sind schliesslich mittlerweile gut 130 000 in Wahlregistern eingetragene Schweizerinnen und Schweizer im Ausland, was der Wählerschaft des Kantons Neuenburg entspricht.

Während die anderen Parteien ein Polittheater für die Auslandschweizer organisieren und in möglichst vielen Kantonen mit spezifischen Auslandschweizerlisten antreten wollen – was zwar gut tönt, in Tat und Wahrheit aber der fünften Schweiz nichts bringt – gehen die *FDP.Die Liberalen International* einen pragmatischeren Weg. Sie setzt sich direkt für die Interessen der Auslandsschweizer ein: «Themen statt Listen» ist die Devise für den Wahlkampf 2011. Die *FDP.Die Liberalen International* haben dazu im Vorfeld ein Wahlmanifest aufgestellt mit den zentralen Forderungen der Auslandschweizer und einer international orientierten Schweiz.

## Themen und Anliegen stehen im Vordergrund

Als Themen stehen für die *FDP.Die Liberalen International* nebst dem zentralen Anliegen «E-Voting» auch weitere Forderungen im Bereich der Beziehungen zwischen der Schweiz, ihren im Ausland lebenden und arbeitenden Staatsangehörigen sowie dem Ausland im Vordergrund. So zum Beispiel engagiert sich unsere Partei für E-Government, ein umfassendes konsularisches und diplomatisches Aussennetz, die Aufstockung der Anzahl von Honorarkonsuln und für eine zielgruppenspezifische Kommunikation zwischen der fünften Schweiz und der Heimat. Aber auch Weiterführung und Ausbau der bilateralen Verträge und der Personenfreizügigkeit, die gezielte Zulassung von Spezialisten aus Drittstaaten, Wissenschaftsabkommen und



Parteipräsident Fulvio Pelli war in Brüssel zu Gast.

Studienaustauschprogramme sowie Freihandelsabkommen mit den aufstrebenden Ländern sind für die Auslandschweizer und Expats von enormer Wichtigkeit. All diese Anliegen sind auch von zentralem Interesse einer modernen und offenen Schweiz, wie sie die *FDP.Die Liberalen International* in ihrem Wahlkampf fordern – **aus Liebe zur Schweiz.**

## Leuchttürme in den Kantonen

Damit diese konkreten Forderungen ihren Weg in die nächste Legislatur finden, unterstützen *FDP.Die Liberalen International* ausgewählte Kandidaten in allen Kantonen. Diese Leuchttürme identifizieren sich mit den Ideen und Anliegen und sehen sich über die eigenen Kantonsgrenzen hinweg zusätzlich als Vertreter einer offenen Schweiz mit einem Bewusstsein für ihre Internationalität – **aus Liebe zur Schweiz.**

## Vielseitiges Auftreten

Der Wahlkampf der *FDP.Die Liberalen International* ist im vollem Gang. Schweizer Parlamentarier sind in den letzten Wochen in Frankreich und Deutschland an Veranstaltungen von

Auslandschweizern aufgetreten und haben die Forderungen unserer Partei vertreten und die Anliegen der fünften Schweiz aufgenommen. Zusätzlich trat der Präsident der *FDP.Die Liberalen*, Fulvio Pelli, bei einem in diesem Rahmen einzigartigen Anlass in Brüssel auf

– zum ersten Mal organisierte eine Partei einen Wahlkampfauftritt im Ausland. Weitere solche Aktionen werden folgen, während die Partei weiterhin in den Schweizer Medien und den verschiedenen Kommunikationskanälen der Auslandschweizer präsent sein wird.

## Unsere Positionen auf einen Blick:

- Für E-Voting, damit Sie einfach an Wahlen und Abstimmung teilnehmen können
- Für den Ausbau von E-Government
- Für ein umfassendes konsularisches und diplomatisches Aussennetz
- Für die Aufstockung der Anzahl von Honorarkonsuln
- Für die zielgruppenspezifische Kommunikation zwischen der fünften Schweiz und der Heimat
- Für den Ausbau der erfolgreichen und mobilitätsfördernden bilateralen Verträge
- Für die Weiterführung der erfolgreichen Personenfreizügigkeit
- Für den Ausbau der Freihandelsabkommen, um im Ausland konkurrenzfähig und erfolgreich zu bleiben
- Für Investitionen in Bildung, Forschung und neue Technologien, um den Anschluss an die Zukunft nicht zu verpassen
- Für mehr und bessere Arbeitsplätze, damit unser Wohlstand gesichert ist
- Für gesicherte Sozialwerke, damit die Kassen nicht leer sind, wenn Sie Ihre Ansprüche auch im Ausland geltend machen

# Mehr drin für Sie – jetzt auch unterwegs.

## Die neuen NATEL® liberty Abos.



Mit den neuen NATEL® liberty Abos surfen Sie dank inbegriffener Datenpakete sorglos im Internet, haben mit den neuen Stundentarifen die volle Freiheit beim Telefonieren in sämtliche Schweizer Netze und profitieren von Inklusiv-SMS – sogar in ausländische Netze.

[www.swisscom.ch/liberty](http://www.swisscom.ch/liberty)

NATEL® liberty  
Surf-Abos ab 29.–/Mt.



**swisscom**

Weitere Informationen zu Abos, Tarifen und Roaminggebühren unter [www.swisscom.ch/liberty](http://www.swisscom.ch/liberty)